

Steuerreform

Millionen

Zahlen



Waigel will uns zum Narren halten

für Millionen

Die geplante Steuerreform sei ein „Jahrhundertwerk“ und beschere den Bürgern die „niedrigsten Steuersätze der letzten 50 Jahre“, tönt Finanzminister Theo Waigel.

Die so Beschenkten sind anderer Meinung: Nach Umfragen von Ennrd und anderen Instituten glauben 79 Prozent nicht, daß sie in Zukunft weniger Steuern zahlen müßten.

Angela Bankert, Köln

Wer tatsächlich auf der Gewinner-Seite steht, wird durch den Beifall aus Wirtschaftskrei-

sen deutlich. Die „Sonnenseite der Reform“ (ein BDI-Sprecher) ist die drastische Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 Prozent auf 39 Prozent bei der Einkommensteuer. Dazu kommen zahlreiche weitere Entlastungen: Unter anderem wird der Höchstsatz auf gewerbliche Einkünfte von 47 Prozent auf 35 Prozent gesenkt, die Körperschaftsteuer für einbehaltene Gewinne wird von 45 Prozent auf 35 Prozent gesenkt für ausgeschüttete Gewinne auf 25 Prozent – weitere Milliarden-Geschenke an die Unternehmer. Die Spekulationsfrist für Be-

steuerung von Gewinnen aus Aktienverkäufen wird von 6 Monaten auf ein Jahr, für Immobilienverkäufe gar von 2 auf 10 Jahre verlängert. Die Steuer auf Dividenden sinkt von 25 Prozent auf 15 Prozent – Millionen aller Casino-Spieler.

Normalverdiener zahlen

Wohhabende Ledige mit 300.000 DM Jahreseinkommen zahlen nach dem neuen Tarif 30.277 DM weniger Steuern im Jahr. Ein lediger Arbeitnehmer mit einem Jahreslohn von

50.000 DM spart dagegen zunächst nur 1585 DM Steuern. Doch auch diese mageren Steuerersparnis wird umgehend wieder aufgezehrt: durch Senkung der Kilometerpauschale, des Pauschetrags für Werbungskosten, Halbierung des Versorgungsfreibetrags und Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die 7 Millionen Nacht-, Feiertags- und Schichtarbeiter zahlen sogar drauf. Die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer und anderer Verbrauchssteuern trifft ohnehin vor allem die Masse der Bevölkerung.

Selbst die Unternehmerzeitung *Handelsblatt* schreibt dazu: „In diesem Mittelstandsbereich (gemeint sind Arbeitnehmer mit mittlerem Verdienst) ist alles in allem eher noch mit einer Mehrbelastung zu rechnen.“

Viel Aufhebens wird um die angebliche Entlastung der Kleinverdiener gemacht. Auf den ersten Blick werden geringe Einkünfte durch die Absenkung des Steuersatzes in diesem Bereich von 25,9 auf 15 Prozent entlastet. Doch geringe Einkommen wie Arbeitslosen-, Arbeitslosenhilfe-, Kurzarbeiter-, Schlechtwetter- und Krankengeld sowie Renten sind bisher steuerfrei. Für diese schwachen Einkommen bedeutet die niedrige Proportionalzone also in Wirklichkeit eine drastische steuerliche Mehrbelastung.“ (Handelsblatt, 27. 1. 97)

Die Tarifgestaltung für Einkommensbezieher am Rande des Existenzminimums hat noch andere erwünschte Nebenwirkungen: Die Besteuerung von Lohnersatzleistungen wie Arbeitslosengeld, die ohnehin schon mehrfach gekürzt wurden, soll die Beziehung zur Annahme von schlecht bezahlten Jobs treiben. Damit die Unternehmer bequemer Billiglöhne zahlen können, übernimmt der Staat die steuerliche Entlastung der arbeitenden Geringverdiener.

Jahrhundertschwindel Steuerreform: Eine gigantische Umverteilungspolitik zugunsten der Unternehmer und der Reichen in diesem Land.

„Privilegien“ hätten, soll der Kern des Jahrhundertschwindels Steuerreform ver-schleiert werden: Eine gigantische Umverteilungspolitik zugunsten der Unternehmer und Reichen in diesem Land. Die Steuerreform zielt nicht auf „gerechte Lastenverteilung“, zwischerechte Lastenverteilung“, sondern Umverteilung zwischen Klassen: Millionen zahlen für Millionen.

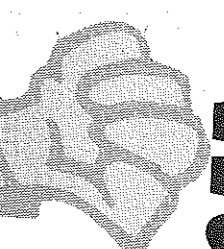
Spaltungversuche

„Warum soll das Rennerpaar noch mit 60.000 DM gänzlich steuerfrei bleiben, während die Jungvermählten schon bei der Hälfte akkassiert werden?“ fragen die guverdienenden Redakteure des „Spiegel“. Um die Steuerreform der Masse etwas schmackhaft zu machen, wird von Politikern und Medien das Spielchen „Teile und Herrsche“ wieder aufgeführt und jeder gegen jeden aufgezetzt: Arbeit-



Jeder muß Opfer bringen

Internationaler Frauentag



Wut in Widerstand verwandeln

Am Anfang des Jahrhunderts kämpften Frauen für den 8-Stundentag und das Frauenwahlrecht. Seit 1918 wird jedes Jahr der internationale Frauentag gefeiert. Besteht heute - knapp 80 Jahre - später Gleichberechtigung? Von Wegni!

Köln

Frauen verdienen in Deutschland für 71 Prozent dessen was Männer verdienen. Sie tragen nach wie vor Hauptverantwortung für Kinder und Haushalt. In 99 Prozent der Fälle gibt die Frau ihren Job auf. Frauen sind Hauptopfer von Gewalt. Alle drei Minuten wird eine Frau vergewaltigt. Frauen, vorzugsweise aus Osteuropa, kommen am Ende des 20. Jahrhunderts per Katalog bestellt und gekauft werden. Kosten zwischen 9000 DM und 15.000 DM für die Vermarktung.

In den letzten 30 Jahren hat sich für Frauen vieles zum Positiven verändert. In den 60er Jahren brauche die Frau unter einem Arbeitsvertrag noch die Unterschrift des Ehemannes.

Es geht zurück

Alle Fortschritte sind jedoch von der Frauenbewegung und der Arbeiterbewegung erkämpft worden. Die Unternehmer, die von der Spaltung zwischen Frauen und Männern enorm profitieren, haben nichts freiwillig gegeben. Jetzt sehen sie die Zeit gekommen, die erreichten Fortschritte abzuschaffen und hätten am liebsten Verhältnisse wie vor hundert Jahren.

Im öffentlichen Dienst arbeiten überdurchschnittlich viele Frauen. Privatisierung, Stellenabbau und Arbeitsverdrängung betreffen vor allen Dingen die schlechtesten Bereiche, wie den Pflege- und Sozialsektor, auch dort sind Frauen zuerst betroffen.

Ausländische Frauen stehen am Ende der Kette. Sie bekommen die miesesten Wohnungen, die niedrig bezahltesten Jobs mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen. Ihr Aufenthaltsrecht ist an die Ehe gebunden. Sie werden nicht als eigenständige Menschen gesehen, sondern als Anhängsel ihrer Ehemänner. Nach einer neuen Änderung im Ausländergesetz für Härtefälle, muß die Frau bei einem gewalttätigen Ehemann „nur“ noch ein Jahr ausharren.

Gegen Stellenabbau und Niedriglöhne in „Frauenbranchen“ müssen sich auch die Männer wehren. Denn sie sind dadurch dran. Männer und Frauen, Deutsche und Ausländer müssen sich gemeinsam gegen Kohl und Kapital wehren. Ganz so einfach werden die Frauen es dem Kapital jedenfalls nicht machen. Allein 1996 war ein Jahr in dem zweimal gerade Frauen bewiesen haben, daß sie kampfbereit sind.

Im Februar demonstrierten 45.000 Beschäftigte des Einzelhandels in Bonn gegen die Erweiterung des Ladenschlusses. Im November streikten 15.000 Beschäftigte der Süßwarenindustrie gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung. In beiden Bereichen waren überwiegend Frauen aktiv. Für viele waren es die ersten gewerkschaftlichen und politischen Aktivitäten. Die Geschichte hat gezeigt: wenn Frauen erst einmal anfangen zu kämpfen, werden sie nicht bei der ersten Kleinigkeit stehenbleiben, sondern beim Kampf um ihre Befreiung für eine grundlegende Umgestaltung des Systems, für eine neue, freie und demokratische Gesellschaft weiterkämpfen.

Veranstaltungen zum internationalen Frauentag

Stuttgart
"Frauenfeindliche Werbung", Mittwoch, 12. 3. 97, 19 Uhr, im Jugendhaus Mitte, Hohestr. 9, Haltestelle Berliner Platz

Kassel
"Gewalt gegen Frauen", Montag, 3. 3. 97, 19 Uhr, Cafe Libre, Friedrich-Ebertstr. 171, (gegenüber Stadthalles)

Rostock
Sonntag, 9. 3. 97, 17 Uhr im SAV-Büro, Augustenstr. 112a

Berlin
Samstag, 8. 3. 97, 14 Uhr im Linkstreif, Weddingstr. 6, Wedding

Aachen
"Wut in Widerstand verwandeln", Mittwoch, 5. 3. 97, 19 Uhr, CHE-Haus, Pontstr. 41

Siegen
"Wut in Widerstand verwandeln", Freitag, 7. 3. 97, 19 Uhr im ESG, Burgstr. 18 (beim oberen Schloß)

Wie alles anfangt...

Der internationale Frauentag stammt aus den Kämpfen der Arbeiter-Frauenbewegung. Sein erstes und wichtigstes Ziel war es, das allgemeine Wahlrecht für alle Frauen zu erkämpfen. Auf der sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen 1910 wurde die Durchführung des internationalen Frauentages beschlossen.

Helgard Schulze, Kassel

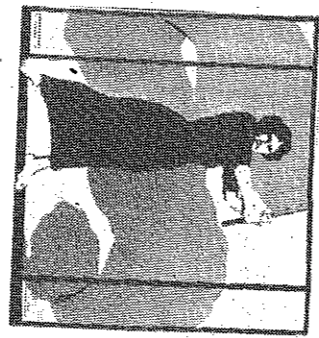
Der erste Frauentag fand am 19. März 1911 statt. In einem Flugblatt zum Aufruf für die Demonstration schreiben die Frauen: "Der 19. März ist Euer Tag, an dem Ihr zum Ausdruck bringen sollt, daß ihr es satt habt, als Gleichverpflichtete, aber Minderberechtigte auch zu mühen ... So wird der erste sozialdemokratische Frauentag in Deutschland nicht nur eine machtvolle Demonstration für das demokratische Frauenwahlrecht werden, sondern auch ein glänzendes Bekenntnis der Frauen zum Sozialismus". Allein in Berlin und Umgebung demonstrierten 45.000 Frauen und Männer auf 42 Kundgebungen für die Gleichberechtigung der Frau, für Demokratie und

Frieden. Seit 1911 fand der internationale Frauentag regelmäßig im März statt. Er trug dazu bei, sozialistische, internationalistische Ideen unter den Arbeiterinnen zu verankern und sie für den Kampf für die Rechte der Frauen und den Sozialismus zu gewinnen.

Land, Brot, Frieden!

Im Sommer 1914 brach der erste Weltkrieg aus. Die Mehrheit der Sozialdemokraten - nicht nur in Deutschland - war alle internationalistischen Ideen über Bord und stellte sich auf die Seite ihrer kriegsführenden Regierungen und Kapitalisten. Die SPD rief die Arbeiter-Frauenbewegung auf, sich gemeinsam mit den bürgerlichen Frauen zum „nationalen Frauentag“ für die Organisation von Sanitätsdiensten zu vereinigen.

Aber viele blieben der Sache treu. Anfang November 1914 schrieb die deutsche Sozialistin Clara Zetkin den Aufruf „An die sozialistischen Frauen aller Länder“. Das war das erste Dokument überhaupt, das belegte, daß der sozialistische Internationalismus nicht zusammengebro-



chen war. Clara Zetkin schrieb: „An dem Frauentag muß sich in allen Ländern der Wille der proletarierinnen entzünden und stärken, für den Frieden zu kämpfen.“

So blieb auch 1915 der Charakter des internationalen Frauentages bewahrt. Noch im gleichen Jahr wurde eine internationale Frauenkonferenz in Bern einberufen, an der 70 Delegierte aus 9 europäischen Ländern teilnahmen. Ein dort beschlossener Manifest wurde 300.000 mal in den kriegsführenden Ländern verteilt, was zu vielen Verhaftungen und Gefängnisstrafen für Frauen führte.

Auch die ersten Demonstrationen für den Frieden waren von Frauen organisiert: Am 18. März 1915 fand in Berlin vor dem Reichstag die erste größere Demonstration für den Frieden statt.

Als am 2. November 1916 wieder 5000 bis 6000 Frauen an einer Demonstration für Frieden und Brot teilnahmen, beschloß die rechte Führung der SPD, den internationalen Frauentag, im nächsten Jahr zu streichen. Doch der 8. März 1917 sollte die größte Entwicklung unseres Jahrhunderts einleiten. An diesem Tag - dem 23. Februar nach



Frauen in der ersten Reihe: Streikposten vor dem Van-Houten-Werk in Nordstedt bei Hamburg. Gerade in der relativ schlechtbezahlten Süßwarenindustrie war die Kampfbereitschaft groß.

unser standpunkt

Zwickels Zombie

von Claus Ludwig, Köln

Als wäre das Jahr 1996 in einem Schwarzen Loch im Weltraum verschwunden, diskutieren die Gewerkschaftsführer wieder über das „Bündnis für Arbeit“ und „Kanzlergespräche“. IG-Chemie-Chef Schmoldt schlägt vor, sich wieder mit Regierung und Unternehmen zusammenzusetzen, die DGB-Vize Engelen-Kefer meint, die Gewerkschaften wären zu niedrigen Tarifabschlüssen um die Inflationsrate herum bereit, wenn die Unternehmen Arbeitsplätze sichern würden. 1996 wurden in einer Branche nach der anderen niedrige Abschlüsse um 1,5 Prozent abgeschlossen, meist verbunden mit stärkerer Flexibilisierung. Die Lohnfortzahlung wurde für nunmehr 1996 war ein Jahr der Verschlechterungen für alle ArbeitnehmerInnen. Die Unternehmer haben nicht einmal versucht, den Eindruck zu erwecken, sie würden Arbeitsplätze schaffen, der Kahlschlag ging weiter.

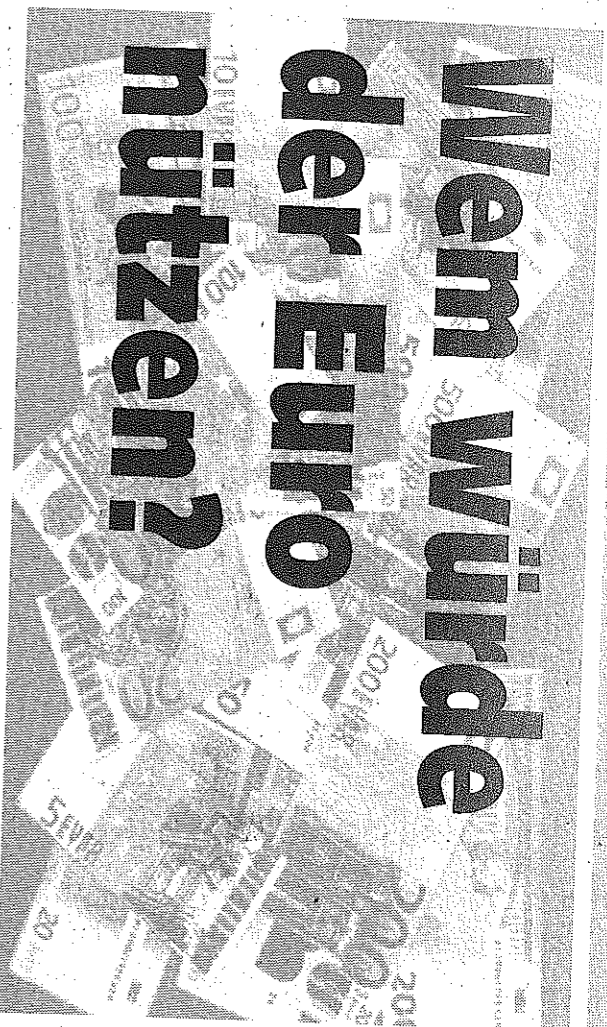
Auf dem IGM-Gewerkschaftstag 1995 bot Klaus Zwickel den Arbeitgebern „maßvolle Lohnrunden“ der IGM ab 1997 an, wenn sie dafür 330.000 Arbeitsplätze in drei Jahren schaffen würden. Wohlgernekt, es war nicht die Rede davon, daß man jahrelang Verschlechterungen hinnehmen würde, damit am Ende vielleicht einige Arbeitsplätze entstehen. Es war die Rede von Garantien. Doch so konnte es nicht funktionieren und die Gewerkschaftsführer wublen dies von Anfang an. Das „Bündnis für Arbeit“ ist nicht zustande gekommen, der Abbau ging weiter. Doch die Idee, die Arbeitnehmer müßten verzichten, um „Arbeitsplätze zu schaffen“, prasselt täglich auf uns nieder - mit offizieller Absegnung der Gewerkschaften.

Jede Kürzung, jede Flexibilisierung und Ausweitung von Tarifverträgen, wird von Unternehmen als „Bündnis für Arbeit“ bezeichnet, auch wenn damit der Abbau von Arbeitsplätzen verbunden war. „Zur Überbrückung der gegenwärtigen Rezession hat der Vorstand innerhalb des Hauses ein „Bündnis für Arbeit“ geschnitten. Gezielte Reorganisationsmaßnahmen sollen es 'schlanke Unternehmensstrukturen' schaffen, so daß Effizienz und Flexibilität steigen. Vorgesehen ist auch ein Personalabbau um insgesamt 1000 Personen bis 1997. Ein Drittel davon ist bereits realisiert.“ schrieb das „Handelsblatt“ am 7. Mai 1996 über den Bankrott von Ways & Freitag unter der Vor Sarkasmus tiefenden Überschrift „Innere: 'Bündnis für Arbeit' mit neuem Personalabbau“.

Nach den unütigen Zugeständnissen vom letzten Jahr, nach Reallohnverlust, Einstieg in den Ausstieg aus der Lohnfortzahlung, neuen Rekord von Massenarbeitslosigkeit, wollen Schule, Zwickel und Co. wieder zurück auf „Los“. Das „Bündnis für Arbeit“ ist tot. Sie aber rufen: „Es lebe das Bündnis für Arbeit!“ und zerren den Leichnam wieder aus seiner Gruft.

Sie haben die Kampfkraft der KollegInnen nicht genutzt, die sich vor allem in den teils spontanen Oktober-Streiks bei Daimler gezeigt hat. Sie haben am Verhandlungstisch die Erfolge verspielt, die die KollegInnen sich im Betrieb erkämpft hatten.

Ihre Strategie des „Kompromisses“, in Wirklichkeit eine Strategie der Schwäche, hat die Unternehmer noch geringert. Noch immer wären viele KollegInnen bereit, auf Lohn zu verzichten, wenn es dem Arbeitsplatz schaffen würde. Doch immer mehr wissen, daß es so herum nicht funktioniert. Wir brauchen Gewerkschaften, die erkannt haben, daß die massive Gegenwehr das einzige Mittel gegen den sozialen Kahlschlag ist. Die KollegInnen in Südkorea und die französischen LKW-Fahrer zeigen uns den Weg. Statt immer weiterer Arbeitsverdrängung und Rationalisierung brauchen wir eine umfassende Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle. Die Zwickels, Schultes und Schmoldts werden das nicht begreifen. In den Gewerkschaften muß von der Basis her eine kämpferische Alternative zu diesen Meistern der Kapitalulation aufgebaut werden.



Wem würde der Euro nützen?

In den letzten Jahren wurden in fast allen Ländern der Europäischen Union dicke „Sparpakete“ im Namen von Maastricht eingeführt, in Italien sogar eine „Maastricht-Steuer“. Mit dem Vertrag von Maastricht für die Einführung des Euro ab 1999 haben sich die Regierungen in Europa auf einen gemeinsamen kräftigen Griff in unsere Taschen geeinigt. Grund genug, den Euro-Versprechungen von blühenden europäischen Landschaften zu mißtrauen.

Ulf Petersen, Köln

An einer Währungsunion hängt weit mehr als das Auswechseln von Geldscheinen. Die Wechselkurse der Währungen wirken als ein Puffer, der Unterschiede zwischen wirtschaftlich verschiedenen starken Ländern und Regionen zumindest begrenzt abfedern kann. In einem einheitlichen Währungs- und Preisgebiet prallen unterschiedliche Wirtschaftskraft, Produktivität und soziale Bedingungen der Regionen und Branchen Europas direkt aufeinander. Folge: Der Konkurrenzkampf der Konzerne auf europäischer Ebene, verschärft sich, d.h. verstärkte Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau, beschleunigte Absenkung von Löhnen, Billiglöhne in den armen Regionen drücken noch unumkehrbarer auf das allgemeine Lohnniveau.

Die Unternehmer können Produktion und Handel ohne Risiko von Wechselkurschwankungen europaweit organisieren.

Internationales Kapital würde vor allem in die profitabelsten Branchen, Konzerne und Regionen fließen. Die jetzt schon vermten Regionen werden dann zusätzlich abgehängt. Europa läßt sich nicht zusammen, sondern die sozialen Unterschiede werden verstärkt.

Sozialdumping

In der EU gibt es schon jetzt Millionen Arbeitslose, Tendenz steigend. Folge: Die Steuernahmen fallen, die Sozial-

ausgaben steigen, dicke Haushaltslöcher, wachsende Staatsschulden und Zinszahlungen türmen sich. Die Regierungen kürzen radikal bei Sozialleistungen und im öffentlichen Dienst. Wer gibt dem Staat Kredite? Banken, Konzerne und Milliardäre, das international organisierte Geldkapital. Natürlich nicht aus Selbstlosigkeit, sondern um Zinsen zu kassieren. Um das internationale Finanzkapital anzulocken, werden Steuern für die Unternehmer und Reichen gesenkt. Zum Ausgleich werden die Steuern für die Masse der Bevölkerung erhöht.

Mit der Einführung des Euro würde sich diese Politik in verstärktem Maß auf europäischer Ebene fortsetzen. Eine gemeinsame Währung zwingt zu gemeinsamer Zins-, Geld- und Haushaltspolitik. Die nationalstaatlichen Instrumente der Wirtschafts- und Finanzpolitik sind zwar auch heute schon in starkem Maße dem Druck der internationalen Finanzmärkte unterworfen. Mit dem Euro würde diese Abhängigkeit aber dramatisch verschärft. Das bedeutet: Dumping und Anpassung auf dem niedrigsten Niveau bei Sozialleistungen, Steuern für die Reichen, Umwelt- und Verbraucherschutzbestimmungen.

Die Europäische Währungsunion und der Euro dienen nur den Interessen der Reichen und der Unternehmer.

Kohl, Chirac und ihre Freunde in der Wirtschaft sagen: „Wir stärken durch die Einführung des Euro den Standort Europa. Das ist nicht ganz schmerzlos. Aber nur so können wir in Konkurrenz mit den USA und Asien bestehen, was längerfristig auch Arbeitsplätze und Wohlstand schafft.“

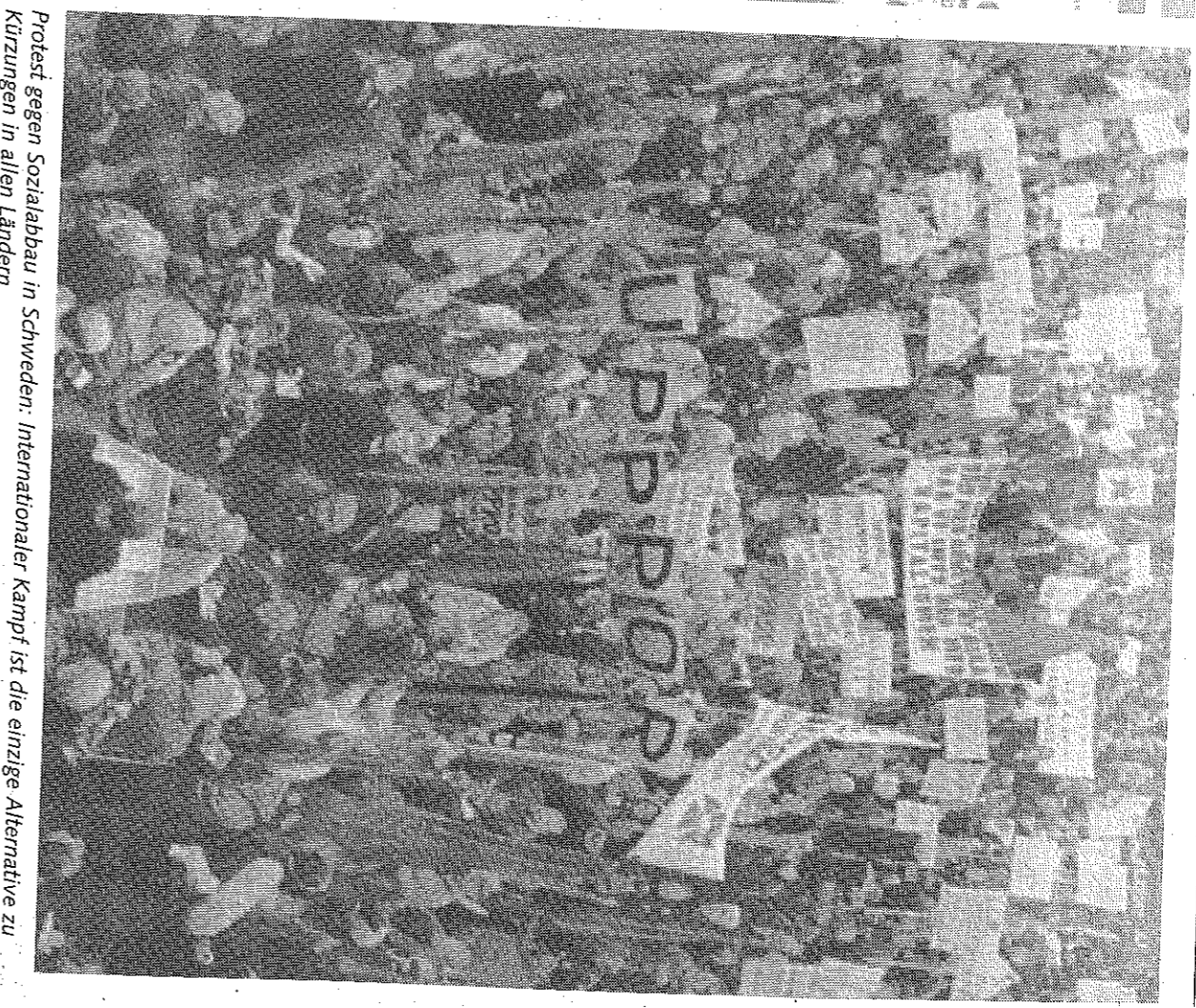
Diese Argumente keimen wir schon länger, denn die „Standortsicherung“ wird uns in verschiedenen Form täglich um die Ohren gehauen. Der „Standort“ (wahlweise Europa, Deutschland, Nordrhein-Westfalen oder Posemmekel) soll gegen den Rest der Welt verteidigt werden, damit es „uns“ (Europäern, Deutschen, Posemmekelern) besser geht.

Die Wahrheit ist: Dank dem technischen Fortschritt wird immer mehr menschliche Arbeit überflüssig. Die marktwirtschaftliche Lösung: Wer Arbeit hat, soll länger für weniger Geld arbeiten. Gleichzeitig werden Millionen arbeitslos gemacht. Die Arbeitslosen sollen aber kein Geld vom Staat bekommen, sondern für Hungerlöhne arbeiten gehen, wenn nötig mit mehreren Jobs gleichzeitig. (Das nennt man dann „Job-Wunder“, wie in den USA oder Mexiko).

Um das durchzusetzen, werden die Arbeiter auf der ganzen Welt gegeneinander in den Ring geschickt: Wer verkauft seine Arbeitskraft billiger? Wer kommt mit weniger staatlichen Leistungen aus? (Rente, Zahnersatz, etc.). Ergebnis: Wechsel-

seitiger K.O. für die Arbeiter und Arbeitslosen. Lachender Dritter dieser Veranstaltung ist das Kapital: 38 Milliardäre besitzen heute fast soviel wie die Hälfte der Weltbevölkerung in einem Jahr verdient. Menschen und Umwelt gehen kaputt.

Fazit: Die Europäische Währungsunion und der Euro dienen nur den Interessen der Reichen und der Unternehmer. Teile der CDU, der SPD und die Republikaner lehnen die Währungsunion ab. Da sie jedoch keine Alternative zur Herrschaft von Banken und Großkapital haben, bleibt ein mehr oder weniger versteckter Nationalismus übrig.



Protest gegen Sozialabbau in Schweden. Internationaler Kampf ist die einzige Alternative zu Kürzungen in allen Ländern.

PDS-Parteitag: Marsch in die Anpassung

„Dabei wollen wir einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Das Dilemma besteht nun darin, daß der Staat das Geld dafür nicht hat, und die Privatwirtschaft das nicht rentabel findet. Dieses Dilemma muß mit einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor überwunden werden.“ Lothar Bisky, Rede auf dem Schweriner Parteitag.

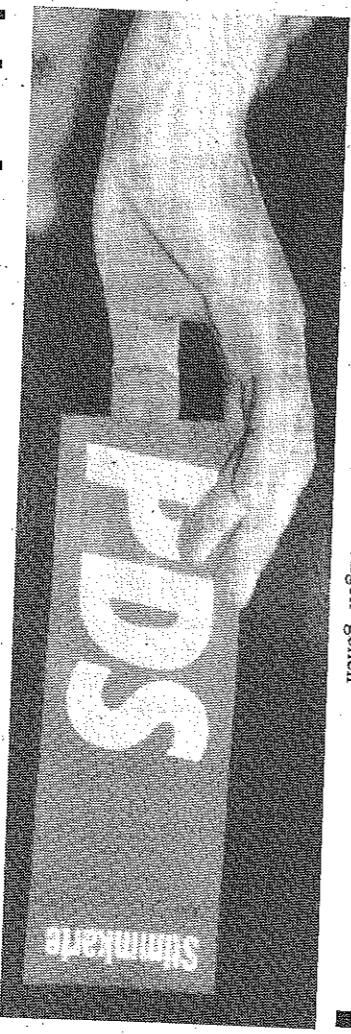
Der Schweriner Parteitag der PDS markiert einen weiteren Rechtsruck der Partei. In den neuen Bundesvorstand wurden die rechten Kandidaten wie André Brine und Christa Luft mit besonders vielen Stimmen gewählt (Christa Luft ist Vorsit-

zende der PDS-nahen Mittelstandsvereinigung OWUS, die im letzten Jahr u.a. die Kürzung der Lohnfortzahlung forderte). Mit einer Satzungs-Änderung verstärkt die Führung ihre Kontrolle über die Partei.

Ziel des Parteitages war es, der SPD und Bündnis 90/Grünen Regierungsfähigkeit zu demonstrieren. Herausgekommen ist dabei die Befürwortung von Regierungsbeteiligungen, ohne irgendwelche Bedingungen aufzustellen. Das ist ein Rezept für die Beteiligung an Sozialabbau, wie er heute schon von rot-grünen Regierungen praktiziert wird.

Die vom Parteitag aufgestellten Reformforderungen gehen

an den Ursachen von Massenarbeitslosigkeit und Armut vorbei. Daß die tiefe Krise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung den Spielraum für Reformpolitik (Reform im Sinne von Verbesserung für die Mehrheit der Bevölkerung) immer mehr eingeschränkt wird ignoriert. Die Eigentumsverhältnisse und die Profilogik der Marktwirtschaft werden nicht in Frage gestellt. Der Weg zur Veränderung wird nicht im Kampf und in der Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung gesehen, sondern in der parlamentarischen Unterstützung einer SPD, die von der CDU kaum mehr zu unterscheiden ist.



Interview mit René Henze aus Rostock

Frage: René, Du warst für die SAV beim PDS-Bundesparteitag. Was bedeutet er Deiner Meinung nach?

Antwort: Der Parteitag bedeutet einen wesentlichen Schritt bei der Anpassung der PDS an das herrschende System. Gysi und Bisky haben deutlich gemacht, daß sie Sachpolitik machen wollen, worunter sie Politik verstehen, die im Rahmen des Kapitalismus machbar ist. Welchen Eindruck hattest Du von der Zusammensetzung des Parteitages?

Die Basis war wenig vertreten, viele Funktionen waren da. Von 499 Delegierten waren nur 28 Arbeiter und 38 Arbeitslose.

Wie siehst Du die Opposition in der PDS?

Die BILD-Zeitung und CDU-Hinze machen mehr aus der Kommunistischen Plattform, als sie eigentlich darstellt. Die KPF und auch die AG Junge Genossen sind nicht sonderlich in Erscheinung getreten. Eine wirksame und organisierte linke Opposition gibt es nicht.

Spielen die gewerkschaftlichen Kämpfe des letzten Jahres oder aktuelle Auseinandersetzungen eine Rolle in den Debatten?

Bodo Ramelow, der Vorsitzende der Gewerkschaft HBV in Thüringen hielt ein Grußwort. Danach hielt der Vorsitzende der Gewerkschaften und Tarifrechte unterstützen, da sie auch auf den Mittelstand achten müssen.

nicht um jeden Preis die Forderungen der Gewerkschaften und Tarifrrechte unterstützen, da sie auch auf den Mittelstand achten müssen.

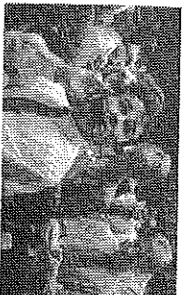
Wie ist die SAV beim Parteitag aufgetreten?

Wir hatten einen großen Informationsstand und haben für einen eigenen Generalstreik geworben, was in der *Süddeutschen Zeitung* und der *Jungen Welt* erwähnt wurden und zeigt, daß wir aufgetreten sind. Allerdings gab es bei den Parteitagsdelegierten nur verhaltene Reaktionen auf die Forderung nach entschlossener Gegenwehr. Die Resonanz auf die Forderung nach einem

Die SAV hat eine Alternative. Unsere Forderungen:

- Nein zum „Euro“. Nein zur Europäischen Union des Kapitals
- Gemeinsamer europaweiter Kampf gegen den Sozialabbau: Wir fordern die Gewerkschaften auf, einen europaweiten enttägen Generalstreik vorzubereiten.
- Radikale Verkürzung der Arbeitszeit zur Verteilung der nötigen Arbeit auf alle, 30-Stunden-Woche als erster Schritt. Voller Lohnausgleich und Neueinstellungen entsprechend dem Bedarf.
- Enteignung des großen Kapitals (Banken, Konzerne und Versicherungen), um die brächtigenden Mittel zum Nutzen aller einzusetzen

- zu können: Für Wohnungsbau, ein menschen- und umweltfreundliches Verkehrswesen, soziale Absicherung und Gesundheitsversorgung für alle Menschen
- Grenzübergreifende und demokratische Planung von Produktion und Verteilung im Interesse und unter Kontrolle der Beschäftigten und Verbräucher
- Sozialistische Demokratie in Europa und auf der ganzen Welt statt Herrschaft von Kapital und Markt



Taschengeld

Der Philips-Konzern gibt sein deutsches Tochterunternehmen Grundig auf. Die Verlagerung der Fernsehproduktion ins Ausland ist geplant. Typischer Fall von „Standort Deutschland zu teuer“. Zu teuer ist auf jeden Fall die vertraglich festgelegte Abgabe von 45 Millionen DM jährlich an die Grundig-Witwe. Jeder der zuletzt unter 10.000 Beschäftigten muß über 4500 DM Witwe erschaffen. Die ist nicht bereit, Geld in das Unternehmen zu investieren. Die Witwe muß mit dem „Risiko“ leben, daß Grundig pleite geht und sie dann auf ihre Jahreszahlung verzichten muß. Dann müßte sie allein von ihren Ersparnissen leben – ihr Vermögen wird auf 2,2 Milliarden DM geschätzt. Doch keine Angst: aus Sorge um das Wohlergehen von Menschen wird Frau Grundig ist die Vermögenssteuer zum 1. 1. 97 abgestraft worden.

Menschenrechte

In England wird „Härte gegen Straftäter“ bis zum bitteren Ende praktiziert. Bei einem Untersuchungsgefängnis, der wegen versuchten Einbruch sab, wurde Weinachten Masekrets im Endstrahlum festgestellt. Erst Silvester wurde er ins Krankenhaus gebracht. Seine Füsse wurden an das Bett gefesselt. Als die Fußklotchelel anschwollen, fesselte man ihn an den Händen. Zu diesem Zeitpunkt konnte er schon nicht mehr laufen. Am 3. Januar verfügte ein Gericht seine Freilassung auf Kautions. Doch er lag schon im Koma. Wenige Stunden, nachdem man ihm die Handschellen abgenommen hatte, starb er. Er hatte seine letzten Tage angekettet wie ein Tier verbracht, unter großen Schmerzen. Doch die Politiker in England haben noch mehr Bosheiten auf Lager. David McLean vom Innenministerium verkündete, daß die Londoner Betrüger meistens aus Schottland stammen und freiwillig auf der Strafe lebten. „Ich gebe ihnen stets etwas“, meine Meinung. Es gibt gar keine echten Betrüger. Und die operationale Labour-Partei versprach, sie werde Obdachlose von der Strafe vertreiben.

Weltweite

Armut

Die Armut hat in den letzten Jahren weltweit zugenommen. Nach Berichten des Entwicklungshilfeprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) gibt es heute 100 Länder, deren wirtschaftliche Lage schlechter ist als vor 15 Jahren.



... wir

hier unten

Studentenwerk Aachen

Betriebsbesetzung gegen Privatisierung



Aktion „Wehrhafter Schmiel“. Manfred Engelhardt (Bildmitte) und Kolleginnen kündigen entschlossenen Widerstand an.

Die 310 Beschäftigten des Studentenwerkes sind nicht bereit, die Privatisierung ihres Betriebes hinzunehmen.

Gaetan Kayitare, Aachen

„Sollte ein Privatunternehmer einen Fuß auf das Betriebsgelände setzen, wird der Betrieb besetzt! An diesem Tag wird ein Gremium, ein Besetzungsrat, gewählt und die Produktion unter eigener Regie fortgeführt. Nur Beschäftigte und Studenten haben dann Zutritt. Wir gehen davon aus, daß die ÖTV die Besetzung unterstützen und nicht falls die Löhne weiterzahlen wird“, so Manfred Engelhardt, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Personalräte der NRW-Studentenwerke, bei der Vorstellung der Aktion „Wehrhafter Schmiel“. Der Wehrhafte Schmiel, ein Aachener Held vergangener Zeiten, erschlug im 13. Jahrhundert einen landgerichtigen Großherzog mit dem Hammer und rettete die Stadt vor dem Überfall.

Bundesweites Treffen, Kassel, 22. 2. 97

Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV

In der Kasseler Gesamthochschule (GhK) findet am 22. Februar das nächste bundesweite Treffen des „Netzwerks“ statt. Die Lohnfortzahlung scheint vorerst aus dem Blickfeld von Kanther und Co. verschwunden zu sein. Doch die Angriffe auf den öffentlichen Dienst gehen weiter. Die dritte Stufe der „Gesundheitsreform“ bedroht Zehntausende Arbeitsplätze im Pflegebereich. Die Verschleuderung öffentlichen

Eigentums durch Privatisierung geht weiter. Der geplante Verkauf des Berliner Energieversorgers BEMAG ist da nur der vorläufige Höhepunkt. Von der ÖTV ist nicht viel zu sehen. Eine kämpferische Basis, die Druck macht und Alternativen aufzeigt, ist nötig als je zuvor. In Kassel soll diskutiert werden, wie eine kämpferische Opposition zur ÖTV-Führung aufgebaut und die Gegen-

Berliner Bewag

SPD privatisiert Energieversorgung

600 KollegInnen protestieren im Januar vor dem Berliner SPD-Landesparteitag gegen die geplanten Privatisierungen. Die Delegierten wurden mit einem Pfeifkonzert empfangen.

Jörg Wuttke, ÖTV-Mitglied, Berlin

Die derzeitigen Kürzungsorgane des SPD-CDU-Senats werden unter Federführung von Finanzsenatorin Fugmann-Heesing (SPD) organisiert. Die Politik der Berliner SPD ist nicht mehr von der CDU zu unterscheiden. Die SPD verliert damit jegliche Unterstützung an der Gewerkschaftsbasis, das wurde bei der Protestaktion deutlich.

Was soll privatisiert werden?

1994 lehnte die SPD die Pläne der CDU noch „aus energie-, arbeitsmarkt- und strukturellen Gründen“ ab. „Weg vom Staat, weg von der Totalabsicherung, private Organisationsformen und Konkurrenz“ – davon redet die SPD heute und begründet damit ihren Beschluß der vollständigen Privatisierung

Stoppt Privatisierung und Stellenabbau! Gegenwehr jetzt!

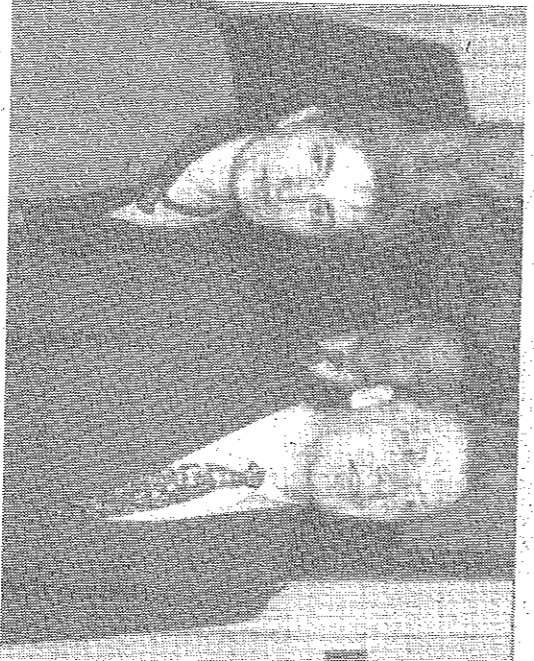
SAV Sozialistische Alternative

Die KollegInnen äußerten sich auch kritisch gegenüber der ÖTV-Führung. Ein Kollege fragte: „Warum fordert die ÖTV nur den Erhalt der Sperrminütät von 25 Prozent an städtischen Betrieben und tritt damit selber für Teilprivatisierungen ein?“

Gewerkschafter vom „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ sprachen sich gegen jegliche Privatisierungen und Stellenkürzungen aus und forderten einen einheitlichen Streik- und Protesttag gegen die Kürzungspolitik des Senats und sammelten dafür Unterschriften. Fast alle angesprochenen KollegInnen unterstützen

der Berliner Gas- und Stromversorger. Außerdem sollen die Wasserwerke, die Stadtreinigung, Verkehrsbetriebe und die Haten- und Lagergesellschaft in einer Holding zusammengefaßt und nach Bedarf Stück für Stück verkauft werden.

Schon Ende Februar soll der 50prozentige Aktienanteil der Stadt an den Elektrizitätswerken an die Energiekonzerne verschertelt werden. Dies wird eine bundesweite Privatisierungswelle auslösen. Die Stadt Berlin verliert damit jegliche Kontrolle über die Preis- und Personalpolitik, auch verstiegen damit sichere Einnahmequellen.



Anette Fugmann-Heesing (SPD) und Bürgermeister Diegen (CDU) schnüren ein Sparpaket nach dem nächsten. Jetzt geht es um das Tafelsilber.

Kommt es zum Streik in der Druckindustrie?

Mit einem Rundumschlag wollen die Druck-Unternehmer die „Sünden der Vergangenheit“ loswerden. Sie haben den Mantelartfvertrag (MTV) gekündigt und wollen den Samstag zum Regelarbeitstag machen, Überstunden- und Schichtzuschläge sowie die Lohnfortzahlung kürzen. Außerdem sollen bezahlte Pausen für Schichtarbeiter gestrichen werden.

Claus Ludwig, IG-Medien-Mitglied, Köln

Darüberhinaus soll der Tarifvertrag nur noch einen Rahmen von Mindestbedingungen festsetzen, der dann auf betriebli-

cher Ebene ergänzt werden soll. Noch haben die Beschäftigten in der Druckindustrie vergleichsweise gute Löhne und Arbeitsbedingungen. Doch die Druck-Unternehmer wollen mit einem Schwing an die Tabellenspitze bei der Einführung „amerikanischer“ Arbeitsverhältnisse. Schon heute ist der Tarifvertrag durchlöcher, weil immer mehr Betriebe den Arbeitgeberverband verlassen. Im Osten ist nur noch eine Minderheit der Arbeitgeber organisiert. Auch große Verlage wie Burda oder Gruner + Jahr haben Hausarbeitsverträge. Die IG Medien muß an mehreren Fronten kämpfen: Einem Streik gegen den Generalan-

griff des Bundesverbandes Druck, andererseits mit betrieblichen Auseinandersetzungen gegen die Einführung schlechterer Haustarifverträge. Das das möglich ist, zeigt der Fall der Präzisions Verlagsanstalt (PVA). Bei der PVA – einem mittelständischen Betrieb – konnten durch einen 18tägigen Streik die alten Bedingungen verteidigt werden.

Anfang des Jahres standen alle Signale auf Streik. Doch in der letzten Verhandlungsrunde Mitte Januar hat es Annäherungen gegeben, die IG Medien erklärte ihre Bereitschaft, den Arbeitgeber bei der Samstagarbeit entgegenzukommen. Das ist ein

gefährlicher Weg. Der Einstieg in die Verschlechterungen mag den Appetit des „Bundesverband Druck“ stillen, aber es werden genug Betriebe übrigbleiben, die geringer sind und eigene Regelungen durchsetzen wollen. Die bundesweite Schlagskraft der IG Medien wird sich dadurch nicht verbessern.

Heute ist die Situation günstiger als sie es nächstes Jahr sein wird, um Einkommen und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die IG Medien sollte fest bleiben und zur Urabstimmung aufrufen, wenn die Arbeitgeber bei der nächsten Verhandlungsrunde Anfang Februar ihre Provokationen nicht zurückziehen

Sollten die Unternehmer einen Streik provozieren, um der ungeliebten weil kämpferischen Medieneigenschaft eine Niederlage zu verpassen, müssen auch die anderen DGB-Gewerkschaften aktiv werden. Das wird DGB-Chef Dieter Schulte nicht gefallen, träumt er doch noch immer von Kanzler-runden und „Konsens“. Aber die Bewegungen gegen das Sparpaket 1996 haben unter vielen Basismitgliedern den Wunsch nach gemeinsamen Kampf verstärkt. Die Drucker- und Setzertinnen würden nicht im Regen stehen, wenn sie zum Kampf gezwungen sind.



Hamburger SchülerInnen sind sich einig: Stoppt die Sparschweineereien im Bildungswesen!

Schmalspursstudium? ...

Im August 1996 hat „Zukunftsmister“ Jürgen Rüttgers ein Diskussionspapier zur Umgestaltung der Hochschulen präsentiert. „Novelle des Hochschulrahmengesetzes“ (Novelle). Ob wir in dieser Zukunft auch leben wollen ist fraglich.

Holger Frauenrath, Chemie-Student

Dem es geht um die völlige Umgestaltung der Hochschulen. Was dahintersteckt? Rüttgers selbst: „Der weltwirtschaftliche Wandel ... berührt Deutschland unmittelbar. Neben dem Wettbewerb der Unternehmen ist der Wettbewerb der Standorte getreten. In ihm muß sich Deutschland behaupten.“

Druck auf die Studierenden

Die Hochschulen sollen die Möglichkeit erhalten, sich ihre Studierenden selbst auszusuchen, mit Bewerbungsgesprächen oder Einstellungsstests. Außerdem: um „den Studierenden frühzeitig über ihre Eignung und Erfolgsaussicht Auskunft zu geben, sollten Leistungs-nachweise und Zwischenprüfungen obligatorisch eingeführt werden. Die Hochschulen müssen auch den Mut haben, ungeeigneten Studierenden rechtzeitig eine andere Ausbildung zu empfehlen.“ (Novelle).

Schmalspursstudium

Dem nur noch für einen Kleinen Bruchteil der Studierenden soll es in Zukunft ein Studium geben, wie wir es heute kennen. Die Mehrheit soll mit einem „Schmalspursstudium“ abgespeist werden, das eigentlich nur eine bessere Ausbildung ist. Die Bundesregierung schlägt ein Studium im „dualen System“ vor, also halb an der Hochschule, halb im Betrieb. Die Novelle sieht vor, daß in

Castor-Alarm

X-tausendmal quer

Anfang März 1997 sollen 6 Castor-Transporte von La Hague nach Gorleben stattfinden, so der Beschluss der Innenministerkonferenz.

Alle sechs Castor sollen auf einmal verlagert werden. Der Protest ist zum Kostenfaktor für das Innenministerium geworden. Sie wollen diesmal 55 Einsatzhundertschaften mit 19.000 Beamten zur Verfügung stellen, wohlgemerkt von Steuereldern. 1996 mußten 40 Einsatzhundertschaften den Weg für den Castor-Transport frei räumen. In diesem Jahr haben sich tausende AnwohnerInnen aus dem Wendland und aus dem ganzen Bundesgebiet den Atom-Transporten entgegenge-sehrt. Das Ziel der Bewegung ist es, den Protest sehr auszuweiten, daß Castor-Transporte un-

Zukunft die Finanzen auf die einzelnen Hochschulen so verteilt werden sollen, wie es der Leistungsfähigkeit entspricht. Genauer gesagt: die Hochschulen, die mehr Mittel aus privaten Quellen locker macht, soll auch von staatlicher Seite mehr Geld bekommen. Daß dabei eine ganze Reihe Hochschulstandorte für den Bildungsminister ein angenehmer Nebeneffekt.

Budgetierung

Um sicher zu gehen, daß dann wirklich nur noch geforscht und gelehrt wird, woran die Unternehmer auch Interesse haben, sind „Globalhaushalte“ (Novelle) der Hochschulen vorgesehen. Das bedeutet, daß nur noch ein fester Betrag im Jahr für jede Hochschule zur Verfügung steht, um den dann die Fachbereiche untereinander konkurrieren sollen. Wer kein Drittmittel anschafft, hat verloren.

Management

Auch für die Rechte von Studierenden und Beschäftigten sieht es düster aus. Ein Rüttgers sich durchsetzt. Er wünscht sich ähnlich „freie Hand“ im Umgang mit Beschäftigten, wie in der „freien“ Wirtschaft (Novelle). Von Mißsprache ist keine Rede, der Kündigungsschutz soll gelockert werden, Arbeitszeiten flexibilisiert werden. „Zurzeit müssen die Gremien von Alltagsentscheidungen durch ein effizientes Management entlastet werden.“ (Novelle). So wird niemand es mehr kontrollieren können.

Warum das Ganze?

Jeder normale Mensch wundert sich über einen Bildungsminister, der systematisch „sein“ Bildungssystem zerstört. Aber Jürgen Rüttgers ist nicht einfach durchgedreht.

Seine Pläne haben System. Die Unternehmer fordern schon lange entsprechende Veränderungen. Für sie ist Bildung nicht ein allgemeines Recht, sondern ein notwendiges Übel. Das Geld, das wir alle in Form von Steuern für das Bildungswesen bezahlen, könnte ja ebenso gut direkt in ihre Taschen fließen, oder die Hochschulen sollen zumindestens einen Teil der Aufgaben der Industrie abnehmen. Die Masse der heranwachsenden Generation brauchen kein Recht auf eine qualifizierte, breitgefächerte Bildung. Warum sollen sich auch Studierende mit Grundlagenwissen belasten, wenn sie später sowieso nur für ein paar konkrete Aufgaben im Betrieb gebraucht werden?

Ein paar Ingenieure, Forscher braucht die Industrie. Diese werden in den Forschungs-labors von Bayer, Siemens etc. erzeugt. Doch dann sollten die Forschung auch stärker staatlich finanziert werden. Daher ist ihr Ziel ist eine „Gliederung des Studiums. Sie muß deutlich unterscheiden, zwischen einem berufsqualifizierende Abschluß, der grundsätzlich in der Regelstudienzeit erworben wird, und der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses.“ (Novelle).

Bildung für alle!

Profifwirtschaft, privates Management und Konkurrenzdenken sind mit unserem Grundrecht auf eine qualifizierte, breitgefächerte Bildung nicht vereinbar. Doch weder Rüttgers noch die Industrie werden wir von der „Logik“ ihrer Maßnahmen überzeugen. Unser Recht auf Bildung für alle, können wir nur verteidigen, wenn wir gemeinsam gegen die Pläne kämpfen. So wie in den 70er Jahren das Recht auf ein Studium für Arbeiterkinder erkämpft worden ist.

...Nein Danke!

Jede/n auf die Transporte mit zu stoppen. In vielen Städten haben sich lokale Bündnisse gegen Castor-Transporte gebildet. Fragt dort nach, ob es schon Mitfahrgelegenheiten für den Tag X gibt.

Infos unter:
x-tausendmal quer, Dorfstr. 30,
29462 Blütlingen (Wendland),
Telefon/Fax 05843/7527
BürgerIn Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
e.V., Telefon 05841/4684
SAV, Hansaring 4, 50670 Köln,
Telefon 0221 3331

Ausbildungszeiten

2 Jahre für die Dummen?

Rechtzeitig zum Jahreswechsel schlug Bildungsminister Rüttgers vor, in der Isolierungsindustrie ab 1997 eine verkürzte Ausbildung von 2 Jahren einzuführen. Wenn dieser Herr Vorschläge macht, muß man sehr vorsichtig sein – wer soll hier isoliert werden?

Marc Treude, arbeitslos

Bis zum Jahr 2004 werden aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge ca. 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze benötigt. Schon dieses Jahr ist mit einem Anstieg auf insgesamt 635.000 Bewerber zu rechnen. Aber auch 1996 hat die deutsche Industrie ihr alljährliches Versprechen, ausreichend Lehrstellen zu schaffen, nicht eingehalten – im Gegenteil: statt versprochenen 625.000 Stellen wurden nur 574.500 angeboten.

Dieser Ausbildungsengang in der Isolierungsindustrie ist für „überwiegend praktisch begab-

te“ Jugendliche geplant, also für die, die nichts im Kopf haben, oder was? Nach einem weiteren Jahr soll dann ein höherwertiger Abschluß möglich sein, zumindest theoretisch.

Was wäre aber, wenn man die vorhandene Arbeit auf mehr Menschen verteilt, die Arbeitszeit verkürzt? So könnte man jedem eine angenehme und vielfältige Arbeit ermöglichen. Die Lehre kann so zu einer wirklich Ausbildung werden – eine breitgefächerte und hochqualifizierte Ausbildung – schließlich wird die Zukunft ja auch komplexer und interessanter. Unser Leben dagegen wird heute titer und eintöniger. Der Sinn der produktiven Arbeit geht durch die 2-Klassen-Ausbildung verloren. Die Grenzen der Marktwirtschaft werden deutlich, und immer mehr auch die Notwendigkeit, eine Gesellschaft zu schaffen, in der man endlich nach seinen Bedürfnissen leben und arbeiten kann. Dafür müssen wir heute kämpfen – macht mit bei der SAV.

Fußball

Der Ball ist rund – na und?

„Der Ball ist rund, das Tor ist eckig“, „Ein Spiel geht über 90 Minuten.“ Bald könnten solche Fußballweisheiten der Vergangenheit angehören. Die privaten Fernsehsender, die gern noch mehr Geld mit der schönsten Nebensache der Welt verdienen möchten, fordern Regeleränderungen.

Daniel Behruzi, Schalke-Fan

Wenn es nach der Nase von RTL-Chef Thoma und Sat1-Programmdirektor Kogel geht, soll es demnächst drei Drittel zu je 30 Minuten oder Unterbrechungen, durch insgesamt vier Auszeiten von je drei Minuten geben. Warum wohl? Natürlich um die Fans mit noch mehr Werbung vollzuballern. Daß dabei der Spielfluß völlig flöten geht, ist diesen Herren egal.

Demen scheinen in ihren Fußball-„Shows“ die zwischenmenschlichen Beziehungen unter den Bayernspielern sowieso wichtiger zu sein, als das Spiel selbst.

Beim Fußball wird das große Geld immer wichtiger und die Fans werden immer unwichtiger. Die Spieler werden immer teurer (deshalb werden die Spiele allerdings noch lange nicht besser!). Das Geld dafür wird mit noch mehr Werbung und höheren Eintrittspreisen teingeholt.

Geld

Anscheinend läßt sich mit Fernsehübertragungen mehr Geld machen, als aus den Stadionsbesuchern rauszuquetschen ist. Deshalb richten sich die Spielzeiten mehr und mehr nach den Fernsehprogrammen.

So werden zum Beispiel im UEFA-Pokal die Spiele so gelegt, daß alle Spiele deutscher Mannschaften live übertragen werden können. Ob die Fans mitten in der Woche um 14 Uhr aber zum Auswärtsspiel fahren können, ist den Managern wohl total egal.



2 Jahre für die Dummen?

Nur billige Arbeitskräfte

Durch immer modernere Produktion werden immer bessere Fachkräfte benötigt, aber davon immer weniger. Für den Rest gibt es dann (immer weniger) Hilfsarbeiten! Konkret heißt das für uns: Entweder Elite-Ausbildung für den, der es sich leisten kann oder die Ausbildung 2. Klasse. Diese Tendenz zeigt sich auch im Schul- und Hochschulbereich. Bei einer Einführung von Studiengebühren wäre es nur noch den Kindern reicher Eltern möglich, das Studium zu

bleiben. Was an einem normal gefüllten Stadion so gefährlich sein soll, müssen die FIFA-Obere allerdings noch erklären. Was wirklich gefährlich ist, sind vielmehr die hohen Zäune, mit denen die Fanblöcke in der Bundesliga eingegrenzt werden. Das hat sich vor kurzem bei der Katastrophe im Stadion von Guatemala-City, bei der 83 Menschen ums Leben kamen, wieder einmal gezeigt.

Widerstand

Fußball ist nicht das Spiel der Thomas, Kogels und Kirchs. Es

Anzeige

Deutsches Rindfleisch ist sicher



...Ist doch völlig harmlos, und außerdem...



GEWINN! Gegen Gesundheit

Die Bundesregierung und „Krankheitsminister“ Seehofer machen Ernst mit der Zerstörung unseres bisherigen Gesundheitssystems. Übertrieben? Seehofer setzt die Salamiaktik der sogenannten „Gesundheitsreformen“ fort. Er gibt vor die vermeintliche Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu stoppen und die Krankenkassenbeiträge senken zu wollen. So wurden auch die ersten zwei Gesundheits-„deformen“ begründet. Tatsache ist, daß die Belastungen für die gesetzlich Versicherten gestiegen sind und weiter steigen, also mehr Geld für weniger Gesundheit.

Ursprünglich sollten die Kosten der Krankenversicherung je zur Hälfte von Unternehmern und Beschäftigten bezahlt werden. Durch Zuzahlungen u.ä. tragen die Arbeitnehmer inzwischen rund 60 Prozent der Gesundheitskosten.

Die Unternehmer schreien trotzdem, der Standort Deutschland sei durch die steigenden Beiträge immer stärker gefährdet. Dabei ist es z.B. die Pharmaindustrie die Milliarden mit Krankheiten verdient. Deren Profite will die Bundesregierung sichern und gleichzeitig die Unternehmer entlasten. Das geht auf Kosten der arbeitenden Menschen. Das am 15.11.96 im Bundestag von CDU/CSU und FDP verabschiedete Gesetz ist der Einstieg in die Privatisierung der Krankheit und der Krankenkassen. Seehofer will eine Krankenversicherung nach den Prinzipien der privaten Versicherungswirtschaft mit ihren typischen Elementen: Beitragsrückertung, Tarifdifferenzierung, Wahl- und Regelleistungen. Das Risiko Krankheit wird nicht mehr von der Gemeinschaft getragen sondern wird Spekulationsobjekt und Profitquelle privater Versicherer. Derzeit sind 72 Millionen Menschen gesetzlich versichert, 7 Millionen privat. Die Gesetzlich-Versicherten zahlen ca. 125

Milliarden DM jährlich an Beiträgen. Die Privatversicherer wollen sich diesen Riesenumarkt erschließen.

Kostenexplosion im Gesundheitswesen?

Von einer Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu reden, ist irreführend. Die sogenannte „Gesundheitsquote“, das ist der Anteil der Gesundheitsausgaben am Brutto sozialprodukt, ist seit Jahren konstant bei 8,9 Prozent. Die Gesamtausgaben sind zwar gestiegen, aber das Defizit entsteht durch die Einnahmehausfälle der gesetzlichen Krankenkassen. Massenarbeitslosigkeit und sinkende Reallohne der Beitragszahler sind die Ursache für Ausfälle bei den Kassenbeiträgen, denn die sind abhängig vom Einkommen. Die, die uns jetzt die Gesundheit verteuern, sind verantwortlich für die Massenarbeitslosigkeit und Minder-einnahmen der Krankenkassen, nämlich die Bundesregierung und die Unternehmer.

Pharmaindustrie sahnt ab

Den Krankenkassen wirft Seehofer Verschwendung vor. Da werden Beispiele von „Urlaubsreisen“ auf Krankenschein oder Yoga-Kurse gefunden. Doch

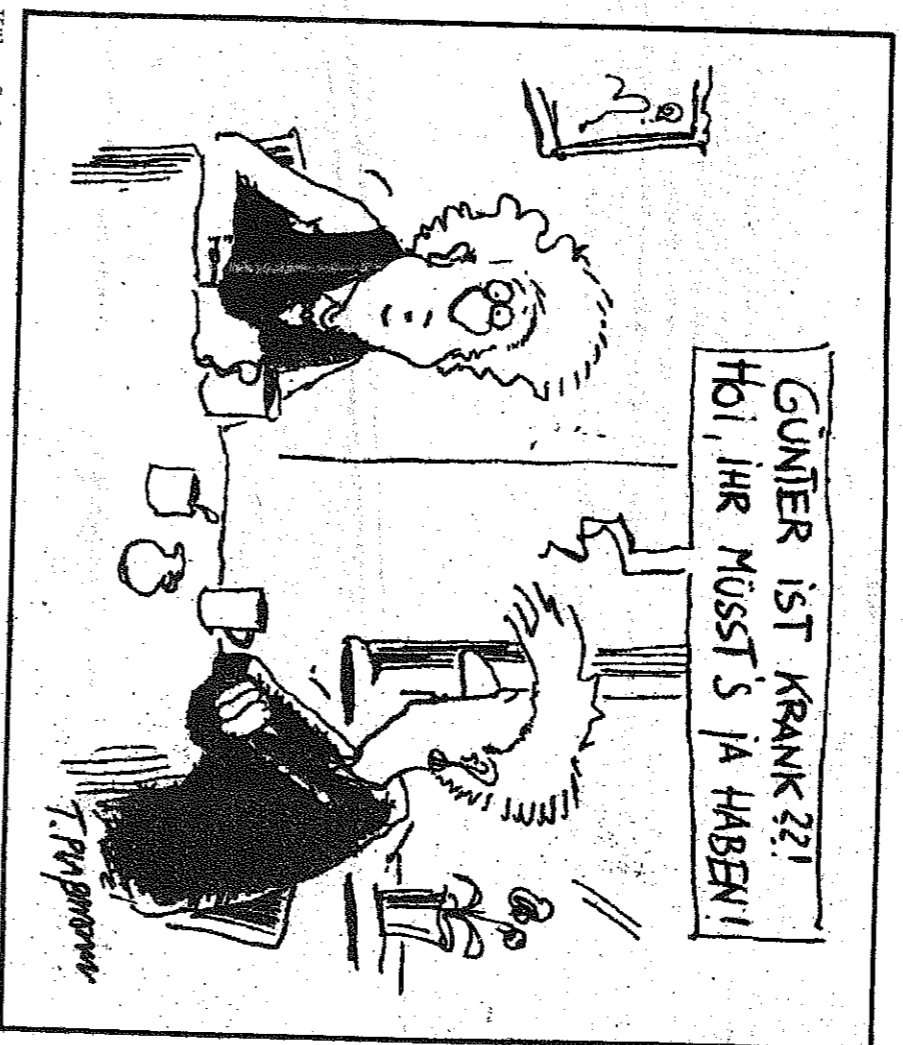
das sind nicht die Kostentreiber. Es sind vielmehr die Pharmakonzerne deren Umsätze Jahr für Jahr steigen. Die Pharmakonzerne machen jährlich 33 Mrd DM Umsatz mit Medikamenten. Ihre Gewinne aus dem Pharmageschäft stiegen 1996 um 10-30 Prozent. Der Chemieriese Hoechst macht mit Medikamenten jährlich rund 1,5 Mrd DM Gewinn.

Auf dem deutschen Markt gibt es eine regelrechte Arzneimittel-schwemme. Jeden morgen ziehen Heerscharen von Pharmavertrern zu den Ärzten los, um ihnen die neuesten Medikamente anzudrehen. „Die gewiefen Händler kommen nicht mit leeren Händen. Kleine Geschenke für die Sprechstundenhilfen, der Chef erhält Fortbildungs- oder Lustreisen und manchmal auch Geldgeschenke“ (Zeitschrift der Techniker Krankenkasse 4/96)

Das alles wird auf die Medikamentenpreise aufgeschlagen. Von ca. 50.000 Medikamenten in Deutschland ist bei rund 50 Prozent die Wirksamkeit nicht nachgewiesen. Doch die Pharmakonzerne bringen immer weiter Medikamente auf den Markt, deren Wirksamkeit zweifelhaft ist. An diesen Betrug und die Profithascherei geht Seehofer nicht ran. Im Gegenteil: eine von Gesundheitsministerum in Auftrag gegebene Erstellung einer sogenannten Positivliste, auf der Medikamente stehen, deren Wirksamkeit nachgewiesen ist und die allein von den Krankenkassen bezahlt werden sollten, wurde in einem feierlichen Akt vernichtet. Durch die Anwendung dieser Positivliste hätten die Krankenkassen jährlich ca. 10 Mrd einsparen können. Doch die Pharmaindustrie setzte alle Hebel in Bewegung diesen Angriff auf ihre Profite zu stoppen. Das Ergebnis: Ein hoher Staatssekretär im Gesundheitsministerium hat diese Positivliste dem Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Pharmaindustrie zum Geburtstag in geschminkteter Form überreicht.

Politiker sichern Profite

Wie die Pharmakonzerne auf die Politik Einfluß nehmen zeigt der Fall der 35jährigen CDU-Bundestagsabgeordneten Cornelia Yzer. Sie wechselte unlängst vom Posten einer Parlamentarischen Staatssekretärin zum VFA – zum Verband Forschender Arzneimittelhersteller. „Bei Insidern gilt die Abwerbung von Frau Yzer als gelungen Coup.“ schreibt dazu der



Kölnher Stadtanzeiger. (21.1.97).

Wie Frau Yzer im Bundestag bei Gesetzen, die die Interessen der „Forschenden Arzneimittelhersteller“ berühren, abstimmen wird, kann sich jeder lebhaft vorstellen.

Es wird behauptet, die Pharmaindustrie brauche aber Gewinne um zu forschen. Tatsache ist jedoch, daß 25 Prozent ihrer Ausgaben für Werbung getätigt werden. Nur 10 Prozent für Forschung und davon ist ein großer Teil Marketingforschung, also

Forschung für neue Verkaufsstrategien. Auch diese Kosten werden auf den Preis aufgeschlagen. Die Pharmakonzerne bieten ihre Produkte im Ausland teilweise bis zu 30 Prozent billiger an. Hier in Deutschland halten sie die Preise künstlich hoch, um Extraprofite zu machen.

Das alles entspricht der Logik der kapitalistischen Marktwirtschaft. Jeder einzelne Pharmakonzern muß Umsatz und Profite steigern, sonst würde er im Konkurrenzkampf das Nachsehen haben. Doch damit stehen nicht nur die Profitinteressen der Pharmaindustrie sondern die kapitalistische Wirtschaftsform selbst den Gesundheitsinteressen der Bevölkerung entgegen.

Gefahr für die Gesundheit

Die Flut an Medikamenten ist eine Gefahr für unsere Gesundheit. Es gibt ca. 580 verschiedene Schmerzmittel, doch 20 würden genügen, denn mehr Wirkstoffe gibt es nicht. Doch für die Pharmaindustrie ist dies ein einträgliches Geschäft. In Deutschland gibt es weit über 1 Mio. Medikamentenabhangige. Immer mehr Menschen - beeinflusst durch Werbung - greifen zur „Selbstmedikation“, daß heißt sie kaufen Medikamente in der Apotheke ohne Rezept

oder ärztlichen Rat. Dazu der Präsident der Landesärztekammer Berlin, Dr. Huber: „Der unüberschaubare Arznei-Dschungel in Deutschland ist sogar eine Gefahr für die Gesundheit der Patienten. Die Intransparenz des Marktes beeinträchtigt die Qualität einer modernen Pharmakotherapie.“

Kürzungen ab 1.1.97

- Senkung des Krankengeldes von 80 auf 70 Prozent
- Keine Zahnersatzzuschüsse für alle Krankenkassenversicherer, die nach 1978 geboren sind
- Erhöhung der Zuzahlungen zu Arzneien jeweils um eine Mark auf 4, 6, 8 DM
- Wegfall 20 DM-Zuschuß für Brillengestelle
- Gesundheitsförderung (etwa Nichtraucher- oder Ernährungskurse, Rückenschule) aus dem gesetzlichen Leistungskatalog herausgenommen
- Kuren nur noch alle vier statt drei Jahre, Dauer nur noch drei statt vier Wochen, Erhöhung der Zuzahlung von 12 DM pro Tag auf 25 DM in West- und von 9 DM auf 20 DM in Ostdeutschland
- Die Kassenausgaben für Krankenhausleistungen werden in den Jahren 1997 bis 1999 insgesamt um jeweils 800 Millionen DM gesenkt
- Weitere Kürzungen, insbesondere bei der häuslichen Krankenpflege, Fahrtkostenerstattung, Kuren, Bädern, Massagen und Krankengymnastik sind geplant.

Die CDU/CSU/FDP Bundesregierung dreht das Rad der Gesundheit zurück. Das Gesundheitssystem wird zum Zweiteil-Klassensystem in Reinform. Die reichen Privatversicherten, z.B. Minister Seehofer und seine Untermehrfreunde, haben diese Probleme nicht. Wer Geld hat, kann sich eben Gesundheit leisten. Bist du arm, muß du früher sterben.

Doch es kann noch schlimmer kommen. Das „Beitragsentlastungsgesetz“ der Bundesregierung steht vor, daß am 1.1.1997 alle Kassen ihre Beiträge um 0,4 Prozent senken müßten. Das obwohl sie ein Defizit von 14 Mrd

Arbeitsplatzvernichtung durch Seehofer

Nach Seehofers neuen Gesetzen dürfen gesundheitsfördernde Maßnahmen, wie z.B. Ernährungskurse nicht mehr bezahlt



Von ca. 50.000 Medikamenten in Deutschland ist bei rund 50 Prozent die Wirksamkeit gegen das Leiden nicht nachgewiesen. Nur eine Wirkung ist bei jeder Pille garantiert – der Gewinn für die Hersteller.



Neben berechtigtem Protest gegen Wahlfälschungen vertreten viele der Demonstranten auch stockreaktionäre Ideen. Auf Kundgebungen wehen neben deutschen und amerikanischen Fahnen auch die der Monarchie.

Was kommt nach Milošević?

Seit Anfang Dezember demonstrieren in der serbischen Hauptstadt täglich zehntausende von Studierenden und Bürgerinnen gegen die undemokratischen Machenschaften der Milošević-Regierung. Das Regime zeigt Risse und auch der Westen hat sich von dem serbischen Despoten distanziert. Die westlichen Medien stellen diese Bewegung als einen Kampf für Demokratie und gegen Sozialismus dar. Vlado Bačić aus Köln nimmt eine andere Position ein.

Die Protestbewegung, die Tag für Tag zehntausende in den Straßen Belgrads, mobilisiert ist Ausdruck des Verfalls der serbischen Gesellschaft. Nach Beendigung des Krieges auf dem Balkan können die sozialen Probleme und der diktatorische Charakter des Regimes nicht mehr mit dem Besen des serbischen Nationalismus unter den Teppich gekehrt werden. Die serbische Industrie wird nur zu zwanzig Prozent ausgelastet, sechzig Prozent der Beschäftigten in der Industrie befinden sich auf Kurzarbeit Null.

Wenn das Produktionsniveau von 1989 wieder erreicht werden soll, müßte die Wirtschaft zwanzig Jahre lang um fünf Prozent wachsen. Für 1997 wird aber ein Rückgang um sechs Prozent erwartet!

Eins haben Milošević und die Oppositionsführer Djindjić, Drasković und Pešić gemeinsam: sie alle wollen in Serbien eine kapitalistische Wirtschaftsordnung einführen bzw. Milošević ist schon seit einigen Jahren dabei, dies zu tun.

Keine Antworten

Es ist reine Propaganda zu behaupten die Belgrader Regierung wäre sozialistisch. Die Herrschaftsschique um Milošević und seine Frau Mirjana Marković sieht ihr Heil genauso in einer kapitalistischen Marktwirtschaft, aber sie möchte dabei vor allen Dingen selber abschnoren und die Kontrolle über diesen Prozeß behalten.

Das Oppositionsbündnis Zajedno (Gemeinsam), das die Proteste der letzten Wochen anführt, bietet einen Weg an, der ebenso zu sozialer Verelendung und Krisen führt. Hinter den demokratischen Forderungen nach Anerkennung der Ergebnisse der Kommunalwahlen und Pressefreiheit steht vor allem ein Programm der schnellen Privatisierung der serbischen Industrie und des Ausverkaufs Serbiens an den westlichen Kapitalismus.

Das ist auch der Hauptgrund, weshalb die Industriearbeiterklasse, soweit sie noch existiert, der Oppositionsbewegung bisher distanziert gegenübersteht und die Aufrufe nach einem Generalstreik nicht befolgt wurden. Die Arbeiter (die noch Arbeit haben) haben Angst, daß das Privatisierungsprogramm der Opposition ihre Arbeitsplätze bedroht.

Auch stehen sie der extrem nationalistischen Vergangenheit der wichtigsten Oppositionsführer Djindjić und Drasković skeptisch gegenüber. Diese stellen sich heute als gemäßigte Demokraten dar, um die Unterstützung des Westens zu bekommen. Drasković war noch bis vor kurzem ein extremer Nationalist und Djindjić solidarisiert sich öffentlich mit dem bosnischen Serbenführer Karadžić, nachdem dieser von Milošević fallengelassen wurde.

Viele Reaktionen marschieren bei den Demonstrationen mit. In den Fernsehbildern von den Demonstrationen sind immer wieder Jugendliche zu sehen, die den Gruß der ultranationalistischen Tscheink-Bewegung zeigen. Auf Kundgebungen wehen neben deutschen und amerikanischen Fahnen auch die der Monarchie.

Der Westen läßt Milošević fallen

Es scheint wahrscheinlich, daß Milošević und sein Familienclan diese Protestwelle politisch nicht überleben werden. Sein Regime bröckelt. Immer mehr Teile des Herrschaftsapparates wenden ihm den Rücken zu. Die

montenegrinische Staatsführung (Montenegro bildet mit Serbien die Bundesrepublik Jugoslawien), die orthodoxe Kirche, Teile der Armeeführung, sogar der Belgrader Bürgermeister ist zurückgetreten.

Vor allem aber der Westen setzt mittlerweile auf die Opposition. Was nicht immer so war. Bei den Parlamentswahlen im November unterstützte der Westen Milošević, der nach seiner Zustimmung zum Dayton-Abkommen am ehesten als Garant für eine gewisse Stabilität galt. Doch aufgrund des offensichtlichchen Wahlbetruges und der Stärke und Kontinuität der Proteste wollte der Westen seine Unterstützung nicht aufrechterhalten.

Milošević hat sich zwar auf Protestbewegungen gegen seine Herrschaft eingerichtet und eine 80.000-Mann-stärke Polizei aufgebaut, die unter seiner direkten Kontrolle steht, aber daß er einen Bürgerkrieg riskiert ist unwahrscheinlich. Möglich ist auch, daß sich Djindjić, der immer wieder runde Tische mit der Regierung fördert, und Milošević arrangieren und einen Kompromiß erreichen.

Wenn die Opposition, auf welchem Weg auch immer, eine Regierung bilden wird, werden die Arbeiter feststellen, daß ihre soziale Lage nicht besser wird und sich die neue Regierung gegenüber sozialen Protesten genauso verhalten wird, wie sich die Milošević-Regierung gerade gegenüber den Protesten verhält. Diese Erfahrung wird den Boden für das Wiedererstarken einer unabhängigen organisierten Arbeiterbewegung und auch von sozialistischen Ideen bereiten.

Sie werden feststellen, daß die Aufteilung Jugoslawiens und die Wiederführung der kapitalistischen Marktwirtschaft keine Lösungen waren, sie werden Verbindung zu den sozialen Kämpfen ihrer Brüder und Schwestern in Kroatien und Bosnien aufnehmen und einen gemeinsamen Ausweg auf der Basis einer freiwilligen sozialen Föderation des Balkans suchen.

Krankes Kroatien

„Seine Metastasen sind die Metapher für den Zustand des Landes.“ Gemeint sind der Krebskranke Präsident Franjo Tuđman und Kroatien. Sein vom westlichen Kapitalismus massiv finanziertes Regime ähnelt dem serbischen doch sehr. Die Wirtschaft und die Löhne stagnieren, während die Preise ständig steigen und oftmals deutsches Niveau erreicht haben.

Demokratie und Pressefreiheit schreibt Tuđman genauso klein wie Milošević. Zwei Beispiele: Nach 14 Monaten erkennt der Präsident den Sieg der Opposition bei den Bürgermeistervahlen in Zagreb nach wie vor nicht an und verhindert, daß der gewählte Kandidat sein Amt antreten kann. Dem kritischen Radiosender 101 wurde die Lizenz entzogen.

Doch auch in Kroatien regt sich der Widerstand. 100.000 demonstrierten gegen die Schließung des Senders. Ebenso gingen 15.000 Rentner auf die Straße. Auch die Eisenbahner befanden sich über Monate im Streik.

Nach dem Ende des Krieges hat Tuđman vor allem in den Städten an Unterstützung verloren und die sozialen Probleme drängen sich immer mehr in den Vordergrund. Bei den Wahlen im Juli könnte es zu einem Wechsel kommen.

Aufstand gegen Mobutu

Im Osten des zentralafrikanischen Landes tobt ein Krieg zwischen den Regierungstruppen und der Opposition. Während uns von den Medien das Bild eines sinnlosen Völkermordens vermittelt wird, geht es um handfeste Interessen. Auch Frankreich mischt kräftig mit im brutalen Spiel um Einflußzonen und Rohstoffe.

Gacaca Kuyitare, Aachen

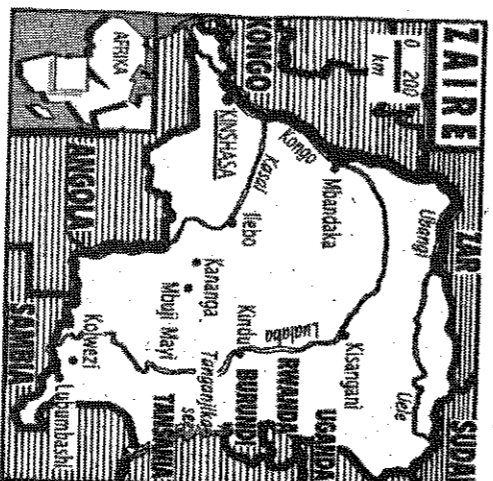
Für die zairische Regierung ist es eine Invasion der Armeen von Rwanda, Uganda und Burundi. Für die europäischen Massenmedien ist es ein Stammeskrieg zwischen Hutus und Tutsi.

In Wirklichkeit ist es ein allgemeiner Aufstand gegen das Regime von Diktator Mobutu. Es beginnt mit der Revolte der diskriminierten Banyamulenge-Tutsi gegen die Vertreibung aus ihrer Heimat. Doch schnell schlossen sich andere Gruppen an. Die oppositionelle „Allianz der demokratischen Kräfte für die Befreiung Kongo/Zaire“ eroberte in Windeseile die östlichen Kivu-Provinzen. Die Regierungstruppen flohen. Die Rebellen wurden von der Bevölkerung jubelnd empfangen.

Wirtschaftlich ruiniert

Zaire ist eigentlich ein reiches Land. Es ist nicht nur der weltgrößte Kobalt-Produzent, sondern besitzt riesige Vorkommen von Diamanten, Kupfer, Gold, Uran und Erdöl. Der Zerfall der Kupferpreise ab Mitte der 70er Jahre stürzte Zaire in eine Dauerkrise. Die meisten öffentlichen Betriebe sind bankrott, die Bergbauminen fast alle geschlossen.

Mobutus privates Vermögen wird auf über 10 Milliarden DM geschätzt. Das Monatsgehalt seiner Minister betrug bis 1994 23.000 DM und ist heute auf



Europäische Söldner kämpfen für Mobutu. Misch die französische Regierung dabei mit?

5000 DM begrenzt. Beschäftigte im öffentlichen Dienst verdienen je nach Dienstgrad zwischen 0,30 und 5,00 DM, die noch dazu mit Monaten Verspätung ausbezahlt werden. Weniger als 1 Prozent der Bevölkerung können sich drei Mahlzeiten am Tag leisten.

Ähnlich wie in den meisten anderen afrikanischen Staaten gab es in Zaire Anfang der 90er Jahre eine Bewegung für Demokratie. Die Führer dieser Bewegung sind heute eine Opposition von Mobutus Gnaden. Sie halten die Hand auf bei Mobutu und niemand will die Hand, die ihm ernährt, abhacken. Sie haben vor den sozialen Explosionen genauso viel Angst wie Mobutu. Auch sie bezeichnen den Aufstand im Osten als eine ausländische Invasion.

Auf die Armee können sich weder Mobutu noch die „Oppositionsführer“ verlassen, deshalb fordern sie das militärische Eingreifen des Westens. Mobutu hat eine sidatfrikani-

sche Söldner-Agentur beauftragt eine schlagkräftige Truppe aufzubauen. Diese wirbt ehemalige Uruta- und Renamokämpfer an, die im Auftrag der imperialistischen Länder schon Angola und Mozambique verwüstet haben. Auch in Frankreich wird massiv für diese Söldnertruppe geworben. Die französische Zeitung „Libération“ berichtet, daß darunter viele ehemalige Angehörige der Armee und des Geheimdienstes sind. Die Regierung in Paris scheint das zumindest zu dulden, es wird auch spekuliert, ob Geheimdienstler freigestellt werden, um für Mobutu zu kämpfen und so Frankreichs Marionette zu unterstützen, ohne daß sich die Armee die Finger schmutzig machen muß.

Guerilla-Aufstand

Der neue bewaffnete Aufstand versteht sich in der Tradition von Patrice Lumumba. Dies war der erste Premierminister und Führer der Unabhängigkeitsbewegung, der Zaire vom Einfluß der westlichen Konzerne befreien wollte. Lumumba träumte vom Sozialismus. Er wurde im Auftrag des Westens 1961 ermordet.

Die neue Guerilla-Bewegung unter Laurent Kabila ist scheinbar disziplinierter und besser bewaffnet, aber jetzt träumt deren Führung von blühender Marktwirtschaft. Dieser neue afrikanische Nationalismus tritt gegen Korruption, gegen willkürige Marionetten der Imperialisten wie Mobutu, für Frieden und stabile politische Verhältnisse, für eine afrikanisch angepaßte Marktwirtschaft ein.

Die neuen Nationalisten versuchen die verschärfte Konkurrenz unter den imperialistischen Mächten auszunutzen, insbesondere die Tatsache, daß die USA auf den afrikanischen Kontinent drängen. In Uganda und Rwanda haben die USA die alten kolonialen Mächte (Eng-

land, Belgien und Frankreich) verdrängt. In Zaire hofft die Guerilla, das dies auch gelingen kann und dann in deren Schutz ein erfolgreiches kapitalistisches Land aufgebaut werden kann.

Aber egal, welche imperialistische Macht nun das Land kontrolliert, es bleibt die Wahl zwischen Pest und Cholera. Das Land ist zwar reich an mineralischen und landwirtschaftliche Ressourcen, aber die entwickelten kapitalistischen Länder haben kein Interesse an produktiven Investitionen in Afrika, sie wollen aus dem Kontinent nur rausziehen, was kurzfristig zu holen ist.

Die Arbeiter und armen Bauern, die die Guerilla-Armee unterstützen, werden diese Erfahrung machen müssen. Nur wenn sie es schaffen eigene Arbeiterpartei aufzubauen und auch den Kapitalismus zu beseitigen, wird das vorhandene Potential im Interesse aller zum Tragen kommen.

SÜDKOREA: DER TIGER ERWACHT



Die Massenstreiks in Südkorea haben eine neue Runde im globalen Klassenkampf eingeleitet. Der Unternehmer-Traum von den produktiven aber braven asiatischen Arbeitern ist ausgeträumt. Die arbeitenden Menschen dieser Region wollen sich nicht mehr mit Hoffnungen in die Zukunft abspesen lassen.

Claus Ludwig, Köln

Immer wieder mußten die ost-asiatischen ArbeiterInnen herhalten, um soziale Kürzungen und Lohnverzicht in Europa zu rechtfertigen. Sie seien so bescheiden, hieß es, wir müßten unsere Ansprüche senken. Doch der Versuch der südkoreanischen Regierung, ein neues „Arbeitsgesetz“ einzuführen, entlarvt diese Lügen.

Die ArbeiterInnen Südkoreas waren keineswegs billige Arbeitskräfte. Um ihnen die Hofnung auf sozialen Aufstieg zu vermitteln, gab es eine ganze Reihe von Schutzbestimmungen, die eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Kündigungen schwierig machten. Erst nach einer Welle von Verzichtsrunden in Europa und den USA fühlten sich die koreanischen Konzerne dazu ermutigt, mit dem Argument der „weltoffenen Konkurrenzfähigkeit“ diese Einkunftschaften abzuschaffen.

Die Reaktion der ArbeiterInnen, geführt von der noch immer illegalen KCTU-Gewerkschaft, war absolut richtig: Nicht Verhandlungen, nicht

Irland

Erfolgreicher Kampf gegen Steuererhöhung



Joe Higgins, Stadtrat in Dublin

Vor einigen Jahren wurde in Irland eine Extra-Steuer für kommunalen Haushalten Mehreinnahmen bringen sollte. Wegen des massiven Widerstands besonders in der Hauptstadt Dublin wurde die Regierung Ende 96 zum Rückzug gezwungen und schaffte die Steuer wieder ab. Dies war ein großer Erfolg der Anti-Wassersteuer-Kampagne, die maßgeblich von SozialistInnen der Irishen Schwesterorganisation der SAV geleitet wurde.

Bericht von Joe Higgins, Dublin

Die Kampagne gegen die Wasser-Steuern hat die besten Traditionen von gemeinsamem Kampf und Solidarität der arbeitenden Bevölkerung wiederbelebt. Wir haben eine demokratische Vereinigung mit 20.000 Mitgliedern und 500 AktivistInnen aufgebaut, die über drei Jahre einen Zahlungsboykott or-

schichte Südkoreas läuft in der Arbeiterbewegung auch eine breite Diskussion über den Aufbau einer politischen Alternativen. Auf einer Protestkundgebung erklärte ein Sprecher: „Wir sind die legitimen Besitzer dieses Landes. Beginnen wir ein neues Kapitel in unserer Geschichte, bei dem die Arbeiter das Land regieren.“ Bei den Parlamentswahlen im Dezember wollen Gewerkschafter Kandidaten aufstellen.

Unruhige „Tiger“

Unternehmer und bürgerliche Politiker hofften darauf, daß die „Tiger“ und die anderen Wachstums-Länder des asiatisch-pazifischen Raumes einen Sonderweg gehen würden: Wirtschaftswachstum und Modernisierung, ohne daß die ArbeiterInnen aufmucken würden. Das ist vorbei. Südkorea ist kein Einzelfall. In ganz Südostasien tritt die Arbeiterklasse in den Kampf, um ihren Teil am Reichtum zu erlangen oder Verschlechterungen abzuwehren. Auf den Philippinen

kam es 1996 zu 3000 Streiks. ArbeiterInnen eines Werkes des japanischen Konzerns Sanyo im thailändischen Bangkok setzten ihr Werk in Brand, um gegen zu niedrige Löhne zu demonstrieren.

„Wir sind die legitimen Besitzer dieses Landes. Beginnen wir ein neues Kapitel in unserer Geschichte, bei dem die Arbeiter das Land regieren.“
Ein Demonstrationsredner am 15. Januar

ren. Trotz der Militärdiktatur kommt es auch in Indonesien zu immer mehr Streiks. Selbst im von Bürgerkrieg zerrissenen Kambodscha erwachen die ArbeiterInnen.

In Südostasien braut sich ein explosives Gemisch zusammen. Anders als in den entwickelten kapitalistischen Ländern in Europa, Nordamerika und Japan haben diese „Schwellenländer“ keinen ausreichend großen Binnenmarkt, um Investitionen anzuziehen, keine ausgebaute Infrastruktur, um Lohnkosten nachteilig wertzumachen. Die

na bedrohen arbeitsintensive Produktionsgänge in Thailand oder Malaysia. Dort haben die ArbeiterInnen durch das Wachstum der letzten Jahre zum erstenmal nach Jahrzehnten des Schuftens einen Ausblick auf ein besseres Leben erhalten. Sie sind nicht einfach bereit, so weiterzumachen oder sogar zu schlechteren Bedingungen zu arbeiten. Die ArbeiterInnen Südkoreas, Thailands, Malaysias, Indonesiens und der Philippinen werden den kommenden Jahren ihren Stempel aufdrücken.



Die Arbeiterbewegung in Südkorea ist jung und kämpferisch. Die Streikenden haben keine Angst vor den Übergriffen der Polizei!

Solidarität

Südkorea ist auch wichtig für die europäischen ArbeitnehmerInnen. In einem Interview mit der „jungen Welt“ nahm der DGB-Beauftragte für diese Region Stellung. Er beschränkte sich allerdings darauf, über die OECD, den staatlichen Zusammenschluß der reichen kapitalistischen Länder, „Druck“ auf die Regierung Südkoreas ausüben zu wollen. Dabei wäre es absolut wichtig, daß der DGB und seine Einzelgewerkschaften in

den Betrieben über den Kampf in Südkorea informieren, aufzeigen, daß dort die gleiche Auseinandersetzung läuft wie hier. Vertreter der KCTU sollten zu Rundreisen in die Bundesrepublik eingeladen werden. In Absprache mit der KCTU könnten z.B. vor Filialen von Hyundai und Daewoo in Deutschland demonstriert werden, solange das „Arbeitsgesetz“ nicht zurückgezogen wird.

Das Komitee für eine Arbeiterinternationale – Kai ruft

zur Solidarität mit der südkoreanischen Arbeiterbewegung auf. Ein erster Schritt sollte sein, Unterstützungsbotschaften nach Südkorea zu schicken, um den KollegInnen deutlich zu machen, daß ihr Kampf hier verfolgt und ernstgenommen wird. Solidaritätsschreiben an: KCTU, 4th fl. Samsung Building, 12-1 Samsung-Dong 1 Ga, Sungbuk-Gu, Seoul 136-041, South Korea. Fax ++ 822 765 2011, e-mail: kctu@dchollan.dacom.co.kr

Aufruhr im Westiran

In den kurdischen Provinzen Kernanschah, Ilam und Khuzistan setzen sich seit Anfang Dezember Arbeiter und Jugendliche gegen die Diktatur zur Wehr. Ausgelöst wurde die Aufstände durch die Ermordung eines regierungskritischen Geistlichen. Arbeiter der Ölindustrie traten in den Streik. Die Demonstrationen wurden von den Pasdaran („Revolutionswächter“) brutal angegriffen. Mehrere Menschen wurden ermordet, einige hundert inhaftiert. Hintergrund sind die katastrophalen sozialen Verhältnisse. Tägliche Preisteigerungen und eine Arbeitslosenquote von 30 Prozent sorgen für Unmut, der sich immer wieder in Aufständen entläßt. Dies zeigt die Instabilität der islamistischen Herrschaft. Die Massen gehen zu offener Gegenwehr über, die die Diktatur der Mullas in nicht allzu ferne Zukunft hinwegzegen wird.

Ali und Daniel, Aachen

Türkei: Folter an Jugendlichen

Im westtürkischen Izmir hat ein „Staatsicherheitsgericht“ neun SchülerInnen und einen Lehrer wegen angeblicher Mitgliedschaft in der linken Untergrundorganisation DHKP-C („Revolutionäre Volksbefreiungspartei“) zu Haftstrafen bis zu 12 Jahren verurteilt. Beweise dafür und für einen Brandanschlag, der den SchülerInnen zur Last gelegt hat, wurden nicht vorgelegt. Die Verurteilten und ihre Familien bestreiten jede Schuld. Als Grundlage des Urteils dienen nur die „Geständnisse“, die die Jugendlichen unter der Folter ablegten. Nicht einmal die Polizei bestreitet, daß sie im Gefängnis gefoltert wurden. Einige der Jugendlichen wurden als akute Notfälle vom Gefängnis ins Krankenhaus eingeliefert. Nach der Urteilsverkündung beschuldigte der Anwalt der Jugendlichen die Richter, „genauso wie die Folterpolizisten“ zu sein.

Frankreich: Neue Streiks?

Der Erfolg der LKW-Fahrer im Streik für die Herbstsetzung des Rentenalters auf 55 Jahre ermutigt die Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr. Sie fordern auch die Rente mit 55 und außerdem die Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Ende Januar gab es einen eintägigen Warnstreik. Gleichzeitig kämpfen die Beschäftigten der Staatsbahn SNCF gegen eine „Reform“ ihres Unternehmens in Richtung Privatnehmens. Die Gewerkschaftsführer bemühen sich, diese Kämpfe zu vereinigen und keine große Bewegung entstehen zu lassen. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß von der Basis erneut Druck entsteht, die unterschiedlichen Kämpfe zu einer größeren Bewegung zusammenzuführen. Mitten in Zeiten sozialer Kürzungen haben die Brummifahrer nicht nur das Alte verteidigt, sondern Verbesserungen durchgesetzt. Dieser große Erfolg hat viele beeindruckt und mutiger gemacht.

Was will die SAV?

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, der Sozialabbau geht weiter, die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Fast jeder/ macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts.

Um die Profite zu sichern wollen Unternehmen und Regierung zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren.

Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die ganze Stärke der Arbeiterklasse zu nutzen um die Angriffe zurückzuschlagen. Doch die führenden Gewerkschaftsfunktionäre schrecken vor konsequenter Gegenwehr zurück. Wenn Streik oder Generalstreik nötig ist, ziehen sie Verhandlungen vor und schließen faule Kompromisse.

Weder die Gewerkschaftsführung noch die etablierten Parteien sind bereit, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen und das Geld zu holen, wo es ist.

Die SPD ist kaum noch von der CDU zu unterscheiden. Bündnis 90/Die Grünen werden immer mehr zur ÖkofDP. Die PDS vertritt zwar zum Teil fortschrittliche Ideen. Die PDS-Führung setzt aber auf Anpassung statt auf Kampf.

Von einer Alternative zum bestehenden Gesellschaftssystem ist entweder gar nicht die Rede oder nur von einer „Utopie“.

Deshalb wurde 1994 die SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE (SAV) von GewerkschaftlerInnen, linken SPD und PDS-Mitgliedern um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet.

Wir sind demokratisch aufgebaut. Wir haben keine abgehobenen Be-

Wofür wir kämpfen

Unsere Forderungen orientieren sich nicht daran, was Daimler Benz und die Deutsche Bank brauchen, sondern was für die Menschen notwendig und sinnvoll ist. Und was bei planmäßigem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft machbar wäre.

Arbeit und Ausbildung

- ★ Arbeit für alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindeste, usw.) von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze für jeden und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf

Wohnen

- ★ Sofortiger Mietenstopp und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
- ★ Verbot von Maklerfähigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr

Soziales

- ★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohlenregulierung
- ★ Kostenloses staatliches Gesundheits-

rufspolitzer, die ein Vielfaches eines normalen Durchschnittslohnes verdienen.

Gegenwehr

Wir sehen nicht tatenlos zu, wie Kohlen und Kapital uns unsere Zukunft verbauen.

Wir organisieren Gegenwehr, gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neozis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen.

Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns an Zusammenschlüssen kritischer und kämpferischer KollegInnen an der Basis.

Solidarität

Wei die kleine Minderheit aus Unternehmern und Regierung ihre Interessen gegen die große Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen will, versucht sie uns zu spalten.

Wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir im weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“, zusammengeschlossen.

Heute treffen Großkonzerne und Banken ihre Entscheidungen nach ihren Profitinteressen - die große Mehrheit

Bundeswehr

und Pflegesystem

Umwelt und Verkehr

- ★ Radikale Abrüstung und Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle Produktion
- ★ Kein Einsatz im Ausland
- ★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stopp von umweltzerstörender Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Nulltarif
- ★ Verstaatlichung der Autoindustrie und Umstellung auf alternative Produktion

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Streichung des Paragraph 218 Stragesetzbuch
- ★ Kostenlose Betreuung für Kinder ab dem 1. und bis zum 12. Lebensjahr

Gegen Rassismus und Faschismus

- ★ Keine Abschiebungen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen

hat sich dem zu fügen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliarden fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben.

Hunger, Elend und Kriege finden täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Armut und Arbeitslosigkeit sind international.

All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Sozialismus

Dabei würde bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft die vorhandene Wirtschaftskraft ausreichen, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Die SAV will das Übel an der Wurzel packen und den Kapitalismus abschaffen. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Unser Ziel ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Das System in Osteuropa war kein Sozialismus. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Wir brauchen stattdessen eine demokratische Planung der Wirtschaft. Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet und in Gemeineigentum überführt werden, damit die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik zum Nutzen der gesamten Gesellschaft eingesetzt werden können.

Es tut sich nichts außer wir tun es! Mach mit bei der SAV!

- ★ Abschaffung aller Ausländergesetze
- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten durch antifaschistische Bewegung, Gewerkschaften, SPD und PDS

Arbeiterbewegung

- ★ Für kämpferische, demokratische Gewerkschaften
- ★ Nein zum Bündnis für Lohnverzichts und Arbeitslosigkeit
- ★ Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals
- ★ Abgeordnete und Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Keine Privatisierung, Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
- ★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
- ★ Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat
- ★ Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchschnittlichem Facharbeiterlohn

Spendenfonds

Umverteilung ohne Ende

— darauf reduziert sich die ganze Politik heute. Die Reichen haben viele Parteien. Alle haben sie Mitleid mit den angeblich notleidenden Unternehmen und den armen Millionen am Standort Deutschland. Unser Mitleid gilt denen für die der Standort Deutschland tatsächlich unbezahlbar wird: denen die nicht wissen, wie sie steigende Mieten, Gebühren, Abgaben, Zuzahlungen, Steuerhöhen mit sinkenden Einkommen bezahlen sollen. Wir zahlen nämlich selber zu diesen Leuten. Aber wir wandeln War in Widerstand und Gegenwehr. Damit wir das auch 1997 tun können, damit wir mehr Mitleid streiter mit Flugblättern, Plakaten und Aktionen zu Gegenwehr

Spendenkonto

Konto-Nr. 2500 59-430
Postbank Essen
(BLZ 360 100 43)

VORAN lesen, abonnieren, verkaufen

Du hast die VORAN gelesen. Du findest die Zeitung gut - warum nicht direkt abonnieren? Wenn Du bereits Abonnent bist hast Du sicher Freunde, Kollegen, Bekannte denen Du die VORAN empfehlen kannst. Du willst die VORAN selber weiterverkaufen? Einfach mehrere Exemplare bestellen und das Geld für die verkaufte Anzahl überweisen. (Ab-/Bestellabschnitt siehe unten).

Bremen

Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschloß, Haselröder Osterdeich 230.

Kassel

OG Nordost Freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlauchhof, Mombachstr. 12
OG West: Freitags, 19 Uhr, Werkstatt-Cafe, Fr.-Ebert-Straße (gegenüber der Stadthalle)

Rostock

Sonntags, 17 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 112a
Infos unter 03 81/499 65 90

Köln

Donnerstags, 19 Uhr, Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstr. 9a, U-Bahn Kalk Kapelle
Infos unter 02 21 / 13 45 04

Frankfurt/Main

Donnerstags, 19 Uhr, Jugendhaus Heideplatz, Schleiermacherstr. 7
Infos unter 0 69 / 45 32 75

Freiburg

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: 0221/134504:

Bonn, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Halberstadt, Hamburg, Karlsruhe, Lübeck, München, Offenbach/Main, Recklinghausen.

Impressum

Überregionale marxistische Monatszeitschrift

Erscheint seit 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V. Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert

Erstveröffentlichung: Monatlich

Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 02 21/13 45 04 oder 13 46 04

Telefax 02 21/13 72 80

e-mail: SAVRUND@AOL.com

Bankverbindung: Postgironummer Essen (BLZ 360 100 43) Konto-Nr. 2500 59-430

ABONNIERT VORAN!

- zehn Ausgaben zu 25,- DM
- zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu DM (ab 50,-)

Name, Anschrift, Telefon

Werde Mitglied der SAV!

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- Ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an: Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln



von Jugendlichen gebildeten Demonstrationen durch Politisierungsprozesse. Die Idee des Sozialismus für die Luxemburg und Liebknecht gekämpft haben, nicht veraltet sondern aktuell. Daran zu Tausenden zu erinnern ist den Herrschenden ein Dorn im Auge. Deshalb gab es im letzten Jahr den Versuch, den vornehmlich

75.000 Menschen gedachten Mitte Januar in Berlin der Ermordung der Sozialisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vor 78 Jahren. Die Menschen stellen das als Aufmarsch der ewig Gestrigen dar. Luxemburg und Liebknecht kämpften damals gegen Armut, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, soziale Ungerechtigkeit, gegen Rüstung und Krieg - Probleme die leider nicht von gestern sondern von heute sind.

Daher ist auch die Idee einer gesellschaftlichen Alternative, die Idee des Sozialismus für die Luxemburg und Liebknecht gekämpft haben, nicht veraltet sondern aktuell. Daran zu Tausenden zu erinnern ist den Herrschenden ein Dorn im Auge. Deshalb gab es im letzten Jahr den Versuch, den vornehmlich

von Jugendlichen gebildeten Demonstrationen durch Politisierungsprozesse. Die Idee des Sozialismus für die Luxemburg und Liebknecht gekämpft haben, nicht veraltet sondern aktuell. Daran zu Tausenden zu erinnern ist den Herrschenden ein Dorn im Auge. Deshalb gab es im letzten Jahr den Versuch, den vornehmlich



An der Gedenkstätte wurde die Internationale gesungen

SPD-Bürgermeister warnt vor SAV

Zum Jahreswechsel 1996/97 schrieb der Bezirksbürgermeister von Berlin-Treptow, Brückner (SPD), Hunderten von Bürgerinnen und Bürgern nicht nur einen Neujahrsgruß, sondern warnte in einem zwei Seiten langen Brief vor der SAV. Die SAV Treptow-Köpenick hatte in den Wochen vor Weihnachten 428 Unterschriften gegen „kommunale Kürzungen in Treptow“ gesammelt.

Damit reagierten wir auf beispiellose Sparpläne der neuen Bezirksverwaltung - mit zwei Stadteilversammlungen und zwei Protestaktionen vor und im Treptower Rathaus. Auf der Kundgebung sprachen neben dem Stellvertreter des PDS-Bundestagsabgeordneten Hartmann mehrere SAV-Mitglieder. In den Reden erklärten wir (darunter Genossen, die Rent-

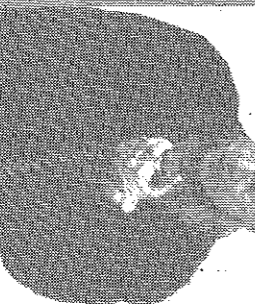
chen Kampf. Deshalb beteiligte sie sich am Aufbau des „Netzwerkes für eine kämpferische und demokratische ÖTV“. Kevin Simpson aus Großbritannien, Vertreter des „Komitees für eine Arbeiterinternationa-

le“, betonte die Notwendigkeit, den Kampf gegen Sozialabbau, Lohndrückerei, gegen die kapitalistische Misere international zu führen. Fazit der Veranstaltung: Jeder Kampf, der heute geführt wird muß letztendlich verbunden werden mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft. Dem konnten sich u.a. drei Teilnehmerinnen der Veranstaltung anschließen - sie wurden Mitglieder der SAV.

Gegen den Sparhaushalt

Die SAV Berlin führt zur Zeit eine Kampagne für einen einseitigen berühmten Generalstreik gegen den Sparhaushalt durch. Ende Februar will der Berliner Senat neue Haushaltskürzungen beschließen. Sietlenabbau im öffentlichen Dienst, Privatisierung von Elektrizität und Gasversorgung, drastischer Sozialabbau.

„Kein Ausverkauf städtischer Betriebe - 24-Stunden Generalstreik in Berlin“ Janos Novotny verschafft den Forderungen der SAV Gehör.



Parolen des SAV-Blocks auf der Demo: Neben „Wir haben keinen andere Wahl - Weg mit Kohl und Kapital“ auch der Wunsch, die Kürzungspolitikern zum Eisbaden zu schicken - „CDU und SPD, ab in die Spree“

Frauen sind von Privatisierungen im öffentlichen Dienst besonders betroffen. Ute Pöhler, Krankenschwester sprach auf der Veranstaltung der SAV.

VORWORT

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 187 Februar 1997

1.- DM Solidaritätspreis 3.- DM

Zeitung der
SAV
 Sozialistische Alternative

Hafenkrankenhaus muß bleiben!

NUR EIN ZUM

Gesundheitskassenschlag



„Ohne das Hafenkrankenhaus werden jährlich im Schnitt 125 Menschen in Hamburg mehr sterben.“

In Hamburg läuft der Kahl-schlag im Gesundheitswesen. Erstes Opfer soll das Hafenkrankenhaus in St. Pauli werden. Dagegen wehren sich Beschäftigte und Anwohner mit Unterschriften und Demos. Jetzt diskutieren sie, ob sie das von der Schließung bedrohte Krankenhaus besetzen sollten.

Torge Loding, Berlin

„Ohne das Hafenkrankenhaus (HKH) werden jährlich im Schnitt 125 Menschen in Hamburg mehr sterben. Die Senatspläne sind eine Katastrophe für die Anwohner, Patienten und die Beschäftigten“, erklärte der Personalratsvorsitzende Rolf

„Ein Stadtteil steht auf!“

Unser Mitarbeiter Torge Loding sprach mit Holger Hanisch, Sprecher der Bürgerinitiative „Ein Stadtteil steht auf“.

VORAN: Wie seid Ihr auf die Idee gekommen, die Bürgerinitiative zu gründen? Holger Hanisch: Nach der ersten Demo gegen die Schließung im November wurde uns klar, daß wir mehr Druck von unten brauchen, um unser Ziel zu erreichen. Die ÖTV-Führung hat von vorne herein klar gemacht, daß sie zu mehr Aktionen als der einen Demo nicht bereit ist. Deshalb haben wir die Initiative gegründet.

Spielt die Gewerkschaft keine Rolle bei der Protestbewegung?

Naja, die ÖTV läßt ihren Worten gegen die Kürzungspolitik des Senats schon wenig Taten folgen. Zur ersten Montagsdemo hat sie noch aufgerufen, danach kam nichts mehr. Im Hafenkrankenhaus hat das bei den letzten Personalratswahlen auch dazu geführt, daß sie die Mehrheit verloren hat. Auf der anderen Seite können wir nur mit gewerkschaftlicher Unterstützung Erfolg haben. Viele Gewerkschafter beteiligen sich an den wöchentlichen Sitzungen der Initiative, genau wie Be-

schäftigte aus dem Krankenhaus. Ich selbst bin IG-Metall-Mitglied. Nun haben wir auch mit HBV und IG Medien Kontakt und es sieht so aus, als würden die uns mehr unterstützen. **Stiehst Du einen Widerspruch zwischen Gewerkschaftsführung und den Interessen der Basis?**

Alle Bürgerchaftsabgeordneten der SPD, die gleichzeitig Gewerkschaftsfunktionäre sind, wie beispielsweise DGB-Chef Erhard Pumm, haben gegen die Interessen der Kollegen und für die Schließung votiert. Das ist schlimm. Gewerkschaftsfunktionäre dürfen nicht in so einer

daß sie nicht mehr auf die Politiker hoffen können. Sie schlossen sich unter dem Motto „Ein Stadtteil steht auf! Das Hafenkrankenhaus muß bleiben!“ in einer Bürgerinitiative zusammen. Seit November organisierten sie wöchentliche Montagsdemonstrationen auf der Reeperbahn. Zahlreiche Fenster von Geschäften und Wohnungen künden per Plakat vom Protest gegen die Kürzungspolitik.

„Wir werden dafür sorgen, daß das Hafenkrankenhaus auch nach dem 28. Februar weiterbetrieben wird“, verkündet Initiatorsprecher Holger Hanisch. Für den Tag X plant man eine Betriebsbesetzung. „Die meisten Pflegekräfte stehen hinter uns, die wissen, daß sie nichts zu verlieren haben. Die Ärzte sind noch geteilter Meinung, aber das haut schon hin, wenn die Unterstützung von außen stimmt. Wir haben Kontakt zur IG Metall, HBV und IG Medien hergestellt, wenn die uns auch unterstützen, dann gibt es eine Premiere in Deutschland: Die erste Besetzung eines Krankenhauses und Weiterbetreiben in Eigenregie.“

Ansonsten sieht es schlecht aus für Kranke und Pflegekräfte. Der Landesbetrieb Krankenhäuser hat bereits klar gemacht: Aufgrund der Aufteilung der Hafenkrankenhaus-Beschäftigten auf andere Häuser könnten in diesem Jahr keine Azubis übernommen werden. Pflegeschüler, denen für 1997 eine Lehrstelle bereits zugesagt worden war, müßten mindestens ein weiteres Jahr darauf warten.

Doppelfunktion sein, das heißt, Abgeordnete einer Partei, die gegen Arbeitnehmerinteressen Politik macht.

Wie sieht die Politik der in Hamburg regierenden SPD aus? Die Kassen sind leer, wir müssen sparen. Das führt zu einer grundsätzlichen Politik bei der lebensnotwendige Sachen abgebaut werden. Stattdessen müßte die Arbeitslosigkeit mit staatlicher Hilfe bekämpft werden. Das würde dann auch wieder mehr Beiträge für die Krankenkassen bedeuten.

Nicht nur in Hamburg ...

Der Kampf für das Hafenkrankenhaus ist nicht nur für Hamburg wichtig. Es ist ein Kampf gegen die unsoziale „Gesundheitsreform“ und die Verfestigung der Zweiklassen-Medizin. Wenn es dort zur Besetzung kommt, kann das bundesweit die Gegenwehr gegen den gesundheitspolitischen Amoklauf der Regierung verstärken. Die Kolleginnen in Hamburg brauchen unsere Solidarität. Wir fordern alle Leserinnen auf, Solidaritätsbotschaften an die Bürgerinitiative und den Personalrat zu schicken und – wenn möglich – auch direkt die Demonstrationen zu besuchen.

Bürgerinitiative „Ein Stadtteil steht auf“, Holger Hanisch: Tel. und Fax (040) 40915959; Personalrat, Vors. Rolf-Peter Krause, Tel. (040) 31102-218, Fax (040) 31102-327

Interview mit südkoreanischem Streikführer:

„Anstoß für Gewerkschaften weltweit!“

Die Korrespondentin unserer britischen Schwesterzeitung *Militant*, Elizabeth Clarke, sprach im Streikhauptquartier in der Myongdong-Kathedrale in Seoul mit Yon Young Mo, internationaler Sekretär der KCTU (Koreanischer Gewerkschaftsbund).

„Wir fühlen, daß unsere Aktionen ein Anstoß für die Gewerkschaften weltweit sein können, um sich zusammenzuschließen und wieder mit Gegenwehr zu beginnen. Es gab Solidaritäts-Proteste in 30 Ländern. Es gibt einen anhaltenden Strom von Protestbriefen und Solidaritätsschreiben. Wir denken, daß der einzige Grund, warum wir diese Unterstützung bekommen, der ist, daß unser Kampf sich in Übereinstimmung mit dem Gang der Dinge in anderen Ländern befindet. Wir hoffen, daß die Aktionen in anderen Ländern sich nicht nur auf Solidarität mit uns beschränken, sondern dazu führen, daß auch dort verstärkt gekämpft wird ... Wenn die Regierung unsere Proteste mit Gewalt unterdrückt, werden wir in einen vollen Generalstreik gehen. Wir werden unsere Aktionen nicht mehr beschränken. Diese Bewegung ist mehr als ein Streik von Arbeitern. Jede Unterdrückung wird gewalttätige Auswirkungen haben. Wenn sie den Streik total beenden wollen, müssen sie die Polizei in mindestens zehn Großbetriebe schicken, zur Hyundai-Autofabrik, zu Daewoo, auf die Werften. Das würde ihre Kräfte überfordern und einen gewalttätige Gegenbewegung zur Folge haben ... Die KCTU geht aus diesem Kampf gestärkt hervor, mit großem Ansehen. Ob die Regierung uns jetzt legal anerkennt oder nicht, wir werden jetzt als die wichtigste Gewerkschaft gesehen.“

Weitere Informationen zu Südkorea auf S. 9.